

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag von C. Möcklinghoff wird vom Autor und von der Redaktion als ein erster Diskussionsbeitrag verstanden, der notwendig vorläufigen Charakter trägt. Von der PROKLA wird hiermit ein Meinungsstreit vor allem um die Einschätzung der Taktik der Deutschen Kommunistischen Partei aufgenommen, der insbesondere das Ziel hat, positiv die Irrationalität und politische Chaotik studentischer Sektierer zu kritisieren.

Die Redaktion möchte alle diejenigen Individuen und Gruppen, die diese Zielrichtung der Auseinandersetzung teilen, auffordern, diesbezügliche Diskussionsbeiträge zur Verfügung zu stellen.

Christof Möcklinghoff

Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP

Einleitung

Die Aktualität der Fragestellung dieses Aufsatzes leitet sich aus dem Zustand einer "Revisionsismuskritik" her, deren sektiererische Negation der DKP sich unter anderem an dem Begriff des demokratischen Kampfes der DKP als an einem Hauptpunkt festmacht. Die Taktik, mit fortschrittlich demokratischen Losungen eine Klammer aller nicht-monopolistischen Klassen und Schichten gegen die Monopole zu schaffen, wird als eines der "revisionistischen" Grundübel denunziert: der historische Ort, an dem diese Taktik entstanden sei, sei der XX. Parteitag der KPdSU. Dort habe sich eine revisionistische Clique durchgesetzt, die nunmehr allein an der Sicherung ihres

Herrschaftbestandes interessiert sei. Als ein Ausdruck dieses Interesses wird das "bewußte" Umbiegen des sozialistischen Kampfes auf einen bloß demokratischen Kampf verstanden, der prinzipiell innerhalb des Rahmens des modernen Imperialismus verbleiben müsse.

Die DKP ihrerseits beruft sich auf die "erfolgreiche" historische Kontinuität des demokratischen Kampfes, der, in der Gestalt der von ihr aufgenommenen Bündnispolitik, allein die Gewähr für eine korrekte leninistische Vermittlung von demokratischem und sozialistischem Kampf biete. Nur wenn es gelinge, alle anti-monopolistischen Klassen und Schichten im Kampf um demokratische Reformen zu vereinen und nur wenn es gelinge, diese anti-monopolistische demokratische Volkskoalition innerhalb einer demokratischen Zwischentappe zu konsolidieren, würde sich die Perspektive eines sozialistischen Umwälzungsprozesses der kapitalistischen Gesellschaft eröffnen. Theoretisch wird diese Konzeption durch die "reale" Struktur des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses begründet. Die praktische Verifikation dieser Taktik habe die Geschichte geliefert. Nicht nur die Erfolge im antifaschistischen Kampf und nicht nur die Erfolge im Kampf um die antifaschistische, demokratische Umwälzung bestätigten die Richtigkeit der anti-monopolistischen Bündnispolitik, sondern auch der stetige Wachstumsprozess der DKP und die Erfolge der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien.

Die Widersprüche und Fehler der linkssektiererischen Revisionismuskritik sind an anderer Stelle aufgeführt worden (vgl. Armanski-Paper, Bischoff, Kommunist). Die Aufgabe, durch eine historische Untersuchung und durch eine theoretische Kritik die Frage anzugehen, ob denn die Bündnispolitik der KPD und DKP wirklich das materialistisch fundierte Produkt einer Realanalyse ist, ob sie Resultat der Einsicht in den "Gang und die allgemeinen Resultate der Proletarischen Bewegung" (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 474) ist, bleibt bestehen.

Dem eigenen Anspruch nach leitet die DKP die Bündnispolitik von der Imperialistheorie Lenins ab. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus mit den in ihr enthaltenen Begründungszusammenhängen für die Bündnispolitik wird als eine Weiterentwicklung bzw. als eine Aktualisierung dieser Theorie verstanden. Eine umfassende Analyse der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik müßte demnach an der Leninschen Imperialismustheorie ansetzen und die verschiedenen Interpretationsformen dieser Theorie in der Geschichte der III. Internationale untersuchen; zugleich müßten die auf Lenin zurückgeführten verschiedenen Interpretationen von "Imperialismus, das jüngste Stadium des Kapitalismus" vor dem Hintergrund des Klassenkampfes in der Geschichte der III. Internationale untersucht werden; d.h. es wäre z. B. die Frage zu klären, wie und wodurch es gelingt, mit zentralen Aussagen Lenins zum einen die Sozialfaschismustheorie, die bekanntlich nicht einmal die Aktionseinheit mit der SPD gestattete, auszuweisen und zum anderen mit nahezu ähnlichen theoretischen Grundlagen einer Politik zu konzipieren, in die

sogar Teile der Bourgeoisie mit einbezogen sind. Es leuchtet ein, daß diese umfassende Analyse, die theoretische Positionen mit jeweiligen Klassenkampfkonstellationen vermittelt, gegenwärtig nicht zu leisten ist. Daraus folgt auch die wichtigste Beschränkung dieses Aufsatzes. Wir gehen auf die Leninsche Imperialismustheorie und die Geschichte ihrer Interpretationen nicht ein. Dieser Aufsatz stellt sich lediglich die Aufgabe, die Phase der Durchsetzung der Volksfrontpolitik unter dem Zeichen des Vormarsches des Faschismus zu untersuchen.

In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, daß die Abwendung von der Sozialfaschismustheorie nicht die Folge theoretisch neuer Einsichten war, sondern sich als Zwang zur Abwehr des Faschismus herstellte. Daß dieser Zwang sich herstellte, findet seinen Ausdruck auch darin, daß die Volksfrontpolitik mit nahezu den gleichen theoretischen Grundlagen abgesichert wurde wie die Sozialfaschismustheorie. Auf die Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung von 1945/49 wird eine ähnliche Hypothese angewendet. Auch hier stellt sich das Problem, daß die antifaschistische, demokratische Revolution weniger Resultat einer fundierten Analyse gewesen ist, als vielmehr, unter dem Vorzeichen der aggressiven imperialistischen Blockbildung, Ausdruck der Defensivsituation der SU. In diesen für die kommunistische Weltbewegung höchst bedrohlichen Phasen gelang es offenbar nicht, eine politische Taktik zu entwerfen, die den allgemeinen Entwicklungsbedingungen des Imperialismus entsprach.

Die historische Analyse dieser Phasen hat exemplarischen Charakter. Es soll nicht etwa der Versuch unternommen werden, diese Phasen umfassend zu untersuchen. Für diesen Aufsatz stellt sich lediglich die Aufgabe, mittels der exemplarischen Darstellung der Durchsetzung und Anwendung der Bündnispolitik die mehr oder weniger begriffslose Determination einer Taktik festzustellen, die eher durch den stummen Zwang der Verhältnisse und weniger durch eine ausgewiesene Analyse herstellt wird.

Aus dieser Absicht leitet sich auch die Gliederung dieses Aufsatzes ab. Die Darstellung der Durchsetzung der Volksfrontpolitik und der Konzeption der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung beschränkt sich auf den Versuch, den theoretisch disparaten Charakter der in diesen Phasen entwickelten Taktik aufzuweisen. Aus diesem Grunde handelt es sich im Folgenden auch nicht um eine Untersuchung der Geschichte der Bündnispolitik, sondern nur um die Untersuchung ihrer zentralen Aspekte, deren Zusammenhang mit der Taktik der DKP hergestellt werden soll. Da sich die DKP auf diese Zusammenhänge beruft, wäre zu klären, wo sie tatsächlich bestehen und wo eindeutig Unterschiede festzustellen sind, d.h. es wäre zu klären, wo die Taktik der DKP und ihre theoretische Begründung selbst noch durch ein begriffsloses Verhältnis zur Geschichte und gegenwärtigen Wirklichkeit des Imperialismus charakterisiert ist und wo andererseits das Niveau der theoretischen Analysen des modernen Kapitalismus von dem der früheren Analysen positiv unterscheidbar ist.

I. Vom Sozialfaschismus zur Volksfront

Vorbemerkung:

Bis zur Machtergreifung der Faschisten sah die KPD ihren Hauptfeind in der Sozialdemokratie, stellte die These auf, daß es zwischen NSDAP und SPD keinen prinzipiellen Unterschied gäbe, verkündete, die Regierung Brüning sei faschistisch und formulierte die Losung: "Man kann gegen den Faschismus nur kämpfen, indem man einen Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie führt." Die KPD betrieb eine linksopportunistische Gewerkschaftspolitik, in der sie gegen das leninistische Prinzip, – daß Kommunisten grundsätzlich selbst in den reaktionärsten Gewerkschaften zu arbeiten hätten –, verstieß. Durch die RGO-Politik wurde zeitweilig die Parole verkündet: "Heraus aus den Gewerkschaften." Auch wenn diese Parole revidiert wurde, bewirkte sie eine Schwächung der anti-faschistischen Kräfte und damit ihre weitere Zersplitterung. In der Einheitsfrontpolitik kannte die KPD lange nur die sogenannte "Einheitsfront von unten", erklärte, daß jede Initiative regionaler Ebenen der Partei zur Herstellung der Einheitsfront oder Aktionseinheit mit Sozialdemokraten als Verrat zu werten sei. Beim preussischen Volksentscheid 1931, der durch die NSDAP und die DNVP gegen die preussische SPD-Regierung initiiert wurde, agierte die KPD, wenn auch wider Willen, zusammen mit den Faschisten. Der Volksentscheid hatte die Auflösung des 1928 gewählten preußischen Landtags zum Ziel. Dadurch erhofften sich die NSDAP und DNVP einen ähnlichen Mandatsgewinn wie bei der Reichstagswahl von 1930. Angesichts der zunehmenden profaschistischen Radikalisierung, die sich u. a. in einem sprunghaft anschwellenden Stimmenanteil der Faschisten ausdrückte, war die Beteiligung der KPD an diesem Volksbegehren ein Ausdruck ihrer völligen Desorientierung. Das Polit-Büro der KPD faßte zwar einstimmig den Beschluss, sich nicht an diesem Volksbegehren zu beteiligen, aber auf Intervention der Polit-Kommission des EKKI, veranlaßt durch Stalin und Molotow, wurde die KPD wieder auf den Sozialfaschismuskurs gebracht, ohne daß sich die Führung der KPD zur Verteidigung ihrer eigenen Entscheidung entschließen konnte. In der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" wird dazu angemerkt (1), daß "die Teilnahme am Volksentscheid im Widerspruch zur antifaschistischen Politik der revolutionären Marxisten-Leninisten gestanden" habe. Hinzuzufügen wäre, daß die gesamte Sozialfaschismuspolitik der KPD im Widerspruch zu einer wirksamen antifaschistischen Politik gestanden hat.

Die Geschichtsschreibung der SED sieht die Hauptursachen der sektiererischen Sozialfaschismuspolitik im Programm der Kommunistischen Internationale von 1928 begründet. Sie bezieht ihre Kritik insbesondere auf die Erklärung, daß jedwede demokratische Zwischentappe oder Übergangsform zwischen bürgerlicher Herr-

(1) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4 Berlin 1966, S. 303 (im folgenden: GDAB)

schaft und der Diktatur des Proletariats abzulehnen sei, weil in den kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern bereits bürgerlich-demokratische Herrschaftsformen bestünden (2).

Damit war der unmittelbare Kampf für die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt. Laut Vietzke (3) ist dieser Programmpunkt schematisch eine der Hauptursachen dafür, daß der KPD die Ausarbeitung eines realistischen antifaschistischen Programms vor der Machtergreifung Hitlers nicht gelang. Erst die Anwendung der "Lehren der Novemberrevolution" durch Ulbricht habe deutlich gemacht, daß auch in einem hochentwickelten Land wie Deutschland, in dem die materiell technische Basis für die sozialistische Umwälzung zwar seit langem besteht, die Notwendigkeit einer demokratischen Zwischentappe existiere (4). Erst dadurch, daß Ulbricht wissenschaftlich begründet habe, warum es auch in Deutschland nicht möglich ist, "mit einem Schlage zum Sozialismus zu gelangen", sei eine Wende in der antifaschistischen Politik der KPD eingeleitet worden. Erst die konsequente Anwendung des Leninismus durch Ulbricht habe es ermöglicht, zu einer realistischen Einheits- und Volksfrontpolitik zu gelangen. Die Begründungen mit denen die Einheits- und Volksfrontpolitik fundiert wird, sind im folgenden nachzuzeichnen.

Die theoretischen Begründungen der Einheits- und Volksfrontpolitik

Die Bemühungen um die Aufhebung der Sozialfaschismuspolitik setzen seit der Machtergreifung der Faschisten ein. Am Tage des Regierungsantritts Hitlers verkündet die KPD einen Generalstreik: Ernst Thälmann versuchte, in diesen Generalstreik die SPD mit einzubeziehen. Nicht zuletzt aufgrund der Ablehnung des Einheitsfrontangebotes durch die SPD blieb der Generalstreik wirkungslos. Kurz darauf wurden tausende Mitglieder und Kader der KPD in die KZ's verschleppt oder ermordet. Die KPD bereitete sich auf die Illegalität vor, versuchte mit Erfolg, die vollständige Zerschlagung der Partei zu verhindern. Pieck berichtet später auf der Brüsseler Konferenz, daß in den ersten zweieinhalb Jahren der faschistischen Herrschaft von den leitenden Funktionären 24 ermordet und 219 verschleppt wurden. Die Partei verlor in dieser kurzen Zeit 57 % ihrer Mitglieder (5).

Unter dem Eindruck des Vormarsches des Faschismus revidiert die KPD ihre Faschismusanalyse. In einer sich an den Sieg Hitlers anschließenden Umorientierungsphase wurde evident, daß die alten Einschätzungen des Faschismus durch die Geschichte praktisch widerlegt wurden. Der Konsolidierungsprozeß des Faschismus entzog der Auffassung vom automatischen Aufschwung des Klassenkampfes und vom automatischen Sturz der Bourgeoisie jede Grundlage. Der Faschismus bewies mit

(2) Vietzke, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin 1966, S. 192

(3) ebenda, S. 149/50

(4) Ulbricht, Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1961, S.35

(5) Vietzke, ebenda, S. 52

beispielloser Gründlichkeit das Gegenteil. Zugleich wurde deutlich, daß sich der Faschismus nicht nur und nicht in erster Linie gegen bestimmte ideologische Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse richtete. Nicht nur die KPD, sondern alle Arbeiterorganisationen, gleichgültig wie sie ideologisch orientiert waren, wurden Opfer der faschistischen Unterdrückungspolitik. Diese Tatsache mußte die Sozialfaschismustheorie praktisch ad absurdum führen.

In der Geschichtsschreibung der SED wird der Konsolidierungsprozess an folgenden Erscheinungen festgemacht:

Die ökonomische Konsolidierung erfolgte durch die Ausplünderung des ganzen Volkes durch die reaktionärsten Teile des Finanzkapitals, d.h. durch die Ausplünderung der Bauern, des Mittelstandes und des Proletariats. Die Krise des ökonomischen Systems wurde durch die verschärfte Rüstungsproduktion sowie durch einen auf den zukünftigen Krieg ausgerichteten Ausbau der Infrastruktur verschleppt. Das Mittel dazu war die Verschuldung der Staatsfinanzen. Die politische Konsolidierung erfolgte durch den rücksichtslosen Abbau demokratischer Rechte, d.h. durch die Liquidierung des Parlamentes, durch die Schaffung von sogenannten Volksgerichtshöfen, das Ermächtigungsgesetz, sowie durch den Aufbau der Gestapo und des SD. Durch die Schaffung von nationalsozialistischen Massenorganisationen sollte "nichts anderes als ein Instrument zur Bespitzelung, Entrechtung und Unterwerfung der deutschen Arbeiterklasse" errichtet werden (6).

Mit der Ausschaltung der Röhm-Gruppe in der SA war ein weiteres Moment der Konsolidierung gegeben. Der "Röhm-Putsch" wird dahingehend interpretiert, daß "Mitte 1934 der Kampf zwischen den reaktionärsten und aggressivsten Gruppierungen des deutschen Finanzkapitals vorerst entschieden und eine weitgehende Verschmelzung der Macht der Monopole und Banken mit der des Staates verwirklicht worden war" (7).

Dieser Konsolidierungsprozess verlief allerdings nicht widerspruchsfrei. Nicht nur die Opposition der antifaschistischen Kräfte, sondern auch die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse geben der Konsolidierung des Faschismus erst die bestimmte Form. Die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse "entspringen aus den Auseinandersetzungen der verschiedenen Hauptgruppen der deutschen Bourgeoisie um die Besetzung der einflußreichsten Stellungen im System des Staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie ergaben sich vor allem aber aus zeitweiligen Differenzen über den weiteren Weg, über Formen und Methoden der Niederhaltung der Volksmassen, über das Tempo der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, sowie über die nächsten Schritte zur Beseitigung des Versailler Vertrages." (8) Die Interpretation der Ausschaltung der "Röhm-Clique" lautet dann: "Das Ergeb-

(6) GDAB, Bd. 4, a.a.O., S. 70

(7) Vietzke, a.a.O., S. 43

(8) GDAB, a.a.O., S. 61

nis des 30. Juni 1934 war der vorläufige Abschluß der Auseinandersetzungen der verschiedenen Gruppen innerhalb der deutschen Großbourgeoisie. Es gewannen diejenigen Kräfte, die den rücksichtslosen Terror noch verschärfen und die Aufrüstung beschleunigen wollen." (9)

Diese Wertung des Röhm-Putsches zeigt exemplarisch die Grenzen des Lernprozesses der KPD auf. Theoretisch wird der Konsolidierungsprozess des Faschismus festgemacht an dem Sieg einer besonders aggressiven Gruppe des Finanzkapitals. Überhaupt sei der Faschismus nichts anderes als das Resultat einer Kräfteverschiebung im Lager des deutschen Monopol- und Bankkapitals. In der Weimarer Republik habe sich die gesamte, in sich sehr differenzierte Großbourgeoisie die politische Macht geteilt. Es wären auch zeitweilig jene Gruppierungen an der Macht gewesen, die auf dem Gebiet der Innenpolitik noch nicht vollständig mit den bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen gebrochen hätten und die außenpolitisch stärker am internationalen Handel als an bewaffneten Aggressionen interessiert gewesen wären. Aber bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in der Periode der Weltwirtschaftskrise, wäre eine Umgruppierung im Lager des Finanzkapitals vor sich gegangen. Im Jahre 1933 hätten unter den damaligen Bedingungen die reaktionärsten und aggressivsten Teile der Bourgeoisie, gestützt auf die Naziartei, die Macht übernommen (10). Entsprechend dieser Darstellung der Faschisierung ist der Röhm-Putsch sozusagen als Nachbeben der großen Eruption von 1933 zu werten. Danach ist die faschistische Machtübernahme nicht einfach Ausdruck einer umfassenden Krise der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, die erst richtig durch die Analyse des Verhältnisses von Kapitalbewegung und Klassenbewegung zu erfassen wäre, sondern sie ist Ergebnis der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, insbesondere zweier Fraktionen. Die Zwei-Fraktionen Theorie ist in der Tat das Kernstück in der auf diesen Zeitraum bezogenen Geschichtsschreibung der SED.

Mit der These, daß der Differenzierungsprozeß innerhalb der deutschen Bourgeoisie, beschleunigt durch die Weltwirtschaftskrise, in seiner Konsequenz zur Machtübernahme des Faschismus führte, dessen *Klasseninhalt* in der Usurpation des Staatsapparates durch einen Teil der Bourgeoisie begründet ist, wird der Versuch einer theoretischen Abgrenzung zur Sozialfaschismustheorie unternommen.

Die Sozialfaschismustheorie identifizierte nicht nur den kapitalistischen Staatsapparat mit dem gesamten Kapital, sondern sie behauptete, daß der Staatsapparat und die Unternehmerorganisationen mit dem Spitzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu einem Machtblock verwachsen sei. Seit dem VI. Weltkongress der Komintern und insbesondere seit dem X. Plenum des EKKI wurde die Parole von der Faschisierung des Staatsapparates, bzw. von der Faschisierung der bürgerlichen Regierungen, herausgegeben. Unter dem Eindruck eines angeblich stetigen Vormarsches der proletarischen Revolution hätten sich alle Kräfte der Reaktion zu einem Block vereinigt, um mittels der Faschisierung des Staatsapparates die revolutionären Kräfte zu zerschlagen. Unter der Bedingung der Verschärfung

(9) ebenda, S. 62

(10) Vietzke, a.a.O., S. 41

der allgemeinen Krise des Monopolkapitalismus und des Umschlags dieser Krise in eine akute revolutionäre Situation bestehe die objektive Funktion der Sozialdemokratie darin, durch die Einengung und Aufhebung der Legalität der revolutionären Organisationen, die Zusammenarbeit der Klassen, die Ersetzung des Parlamentes, durch die Wirtschaftsdemokratie und durch die Gewährleistung der Kontrolle des monopolistischen Finanzkapitals über den *gesamten* Staatsapparat, sowie durch die Verstaatlichung der Gewerkschaften den Übergang von der demokratischen-bürgerlichen Herrschaft zur faschistischen Diktatur zu gewährleisten. Die SPD wird zur Hauptstütze der faschistischen Reaktion erklärt. Sie ist die sozialfaschistische Verwalterin der Arbeiterklasse.

Diese Einschätzung des Faschierungsprozesses und der Rolle der Sozialdemokratie wurde offiziell auf dem VII. Weltkongress der Komintern revidiert. Der Hauptfehler der Sozialfaschismustheorie wurde darin gesehen, daß der Differenzierungsprozess innerhalb der Bourgeoisie nicht erkannt wurde. Die Sozialfaschismustheorie ist aber nicht nur deshalb falsch, weil sie nicht auf die spezifischen ökonomischen Interessen und politischen Taktiken einer Kapitalfraktion eingeht; sie ist vor allem deshalb falsch, weil sie den Staat und die in ihm und durch ihn handelnden Monopole als sich selbst bewegende Größen begreift. Die Auflösung der Dialektik von Politik und Ökonomie in einen Machtbegriff, demzufolge der moderne Imperialismus jederzeit den Faschismus durch seinen Staatsapparat aktualisieren könne, reduziert die Analyse des kapitalistischen Staates auf ein primitives Muster: der Staat ist nichts weiter als ein bloßes Instrument zur Durchsetzung kapitalistischer Machtgier.

Die Zwei-Fraktionen-Theorie baut ebenso wie die Sozialfaschismustheorie auf diesem primitiven Muster auf. Der Unterscheid besteht theoretisch lediglich darin, daß Teile der Bourgeoisie und die sozialdemokratischen Führer nicht mehr zur Gruppe der unumschränkt handlungsfähigen Imperialisten gezählt werden. Die Fehler des Sozialfaschismuskurses korrigiert zu haben, ohne sich mit den theoretischen Wurzeln der Sozialfaschismustheorie auseinandergesetzt zu haben, ist das Verdienst des "bolschewistischen" ZK unter der Führung von Thälmann, Pieck und Ulbricht (10a). In dieser Schlußfolgerung erschöpft sich die "kritische" Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismuskurs. Indem aber die Geschichtsschreibung der SED von den programmatischen Leitsätzen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale ausgeht und im Rückblick die Krisen- und Widerspruchsentwicklung aus einer Kräfteverschiebung im Lager der Bourgeoisie ableitet, verschafft sie sich einerseits die Möglichkeit, den auch für Sozialfaschismustheorie bestimmenden Begriff vom monolithischen imperialistischen Staat für die darauf folgende antifaschistische Theorie und Praxis anzuwenden und andererseits kann sie die Fehler in der

- (10a) Hier, wie an anderen Stellen der Arbeit muß angemerkt werden, daß es nicht die Absicht des Autors ist, die Schwierigkeit der Theoriebildung von Kommunisten bei gleichzeitigem politischen Kampf zu unterschlagen. Da aber eine genauere Untersuchung der Restriktionen, die die Theoriebildung durch politische Verhältnisse erfährt, nicht Gegenstand der Arbeit ist, geht der Autor davon aus, daß die Kommunisten sich verstehen als diejenigen, die gegenüber allen anderen politischen Agenten die wissenschaftliche Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse voraus haben.

politischen Taktik personalisieren. Die Zwei-Fraktionen-Theorie ist zugleich die Grundlage für eine antifaschistische Taktik, die das ganze Volk bis hin zur von der Herrschaft ausgeschlossenen Bourgeoisiefraktion gegen die imperialistische Monopolbourgeoisie umfaßt.

Die KPD und der VII. Weltkongress der Komintern

Die Durchsetzung der Einheits- und Volksfrontpolitik in der KPD ist ein Prozess scharfer Auseinandersetzungen. Ulbricht erklärte, daß die Notwendigkeit "unsere Taktik den veränderten Bedingungen anzupassen und gewisse Fehler und Schwächen unserer Parteiarbeit zu überwinden" . . . die Partei vor die Aufgabe stellt, "sektiererische Tendenzen und Abweichungen als die größte Gefahr unserer Parteiarbeit zu überwinden." (11) Exponenten der als sektiererisch bezeichneten Linie innerhalb der Partei waren Hermann Schubert und Fritz Schulte, die sich gegen die August-Resolution von 1934 stellten und dabei die Mehrheit des Polit-Büros gegen Ulbricht und Pieck hinter sich hatten. Die Grundsätze der Resolution waren:

1. Schaffung einer breiten Einheitsfront der Arbeitermassen. Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen Arbeiter und der oppositionellen Elemente in der SA, HJ, NSBO, DAF und KDF. "Dabei ist kühn die Enttäuschung der SA-Leute über den Faschismus zu nutzen."
2. Schaffung einer Gewerkschaftseinheit und Kampf um die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften.
3. Aufnahme von Verhandlungen mit allen noch bestehenden sozialdemokratischen Gruppen, um feste Vereinbarungen über die Führung des Kampfes und um gemeinsame Forderungen zu erreichen. "Dabei hat die Partei den Kurs auf die Vereinigung dieser Gruppen mit der KPD auf der Grundlage des Programms der KI und der Taktik der KPD zu nehmen." (12)

Schulte, Schubert u.a. fürchteten, daß die Partei auf rechtsopportunistische Bahnen gelenkt würde. Ihre Oppositionspolitik führte, nach Vietzke, bis zum parteifeindlichen Fraktionskampf. Ungeachtet der Tatsache, daß Trotzki schon lange ein Verfechter der Einheitsfrontpolitik war, qualifiziert Vietzke deren Opposition als trotzkistisch. (13) Die von Ulbricht definierten Grundsätze der Einheitsfrontpolitik werden von der Mehrheit der Polit-Büros abgelehnt. In einem Aufsatz bestimmt Ulbricht diese Grundsätze wie folgt:

1. Hauptaufgabe der Politik der KPD ist die Schaffung der Einheitsfront.
2. Differenzen mit der Sozialdemokratie müssen zugunsten des gemeinsamen Kampfes zurückgestellt werden.

(11) Ulbricht, Der Weg zur Aktionseinheit in Deutschland, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, S. 54/55

(12) GDAB, Bd. 5, Berlin 1966, Dokumente, S. 463

(13) Vietzke, a.a.O., S. 143

3. Die Gewerkschaftseinheit ist unmittelbar anzustreben (14).

Die Verurteilung der Ulbricht/Pieck Gruppe durch das Polit-Büro steht in engem Zusammenhang mit der Verschiebung des bereits anberaumten Termins für den VII. Weltkongress der KI um ein halbes Jahr. Ulbricht und Pieck sollen diese Zeit nutzen, um ihren Einfluß in der Partei zu verstärken. Schützenhilfe kommt von Dimitroff, der im November 1934 in der Prawda den Artikel "Der Kampf um die Einheitsfront" (15) veröffentlicht. Dieser Aufsatz wird im folgenden kurz zusammengefaßt wiedergegeben, weil er bereits wesentliche Elemente der Beschlüsse des VII. Weltkongresses vorwegnimmt. Zuerst bezeichnet Dimitroff die Sowjetunion als Stützpunkt der Weltrevolution. In dem Maße, wie sich die Sowjetunion in ein Industrieland verwandelt habe, das materielle Lebensniveau der Massen in Stadt und Land sich bessere, die Kollektivierung der Landwirtschaft voranschreite und das frühere Völkergefängnis Rußland sich in eine Union brüderlicher Republiken verwandle, in dem Maße könne man im internationalen Kapitalismus genau den umgekehrten Prozess feststellen. Die kapitalistischen Länder ständen in einer noch nie in vergleichbarer Weise dagewesenen Wirtschaftskrise. Die Folge davon sei die absolute Verelendung großer Teile der Arbeiterklasse, die Vernichtung der Bauern, die zunehmend aggressiver werdenden Kriegsvorbereitungen. Es sei ein internationaler Faschisierungsprozeß zu beobachten, der auf die Vernichtung aller demokratischen Rechte hinziele, auf die Neuaufteilung der Welt, auf den Kampf gegen die Sowjetunion. "Gegenwärtig gelingt es der Bourgeoisie immer noch unter Ausnutzung der Spaltung des Proletariats einzelnen Teilen der Arbeiterklasse Schläge zu versetzen und sie mit Hilfe eines Teils der Bauernschaft zu bekämpfen" (16). Nach einem Hinweis auf die Siegesbedingungen der Sowjetunion erklärt er die Schwäche der europäischen Arbeiterklasse

- durch den sozialdemokratischen Glauben an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus.
- das Fehlen einer einheitlichen revolutionären Partei
- das Versäumnis der Mobilisierung der Bauernschaft.

Um diese Schwäche zu beseitigen "wird die Frage der proletarischen Einheitsfront zur zentralen Frage und erstrangigen Aufgabe der Arbeiterbewegung. Die Einheitsfront bedeutet innere Spaltung und Kampf in den Reihen der sozialdemokratischen Parteien und anderen nicht-kommunistischen Arbeiterorganisationen." (17)

Erfolge in der Entwicklung der Einheitsfrontpolitik verzeichnet Dimitroff in Spanien, wo anarcho-syndikalistische, sozialistische und kommunistische Arbeiter zusammengingen; in Frankreich, wo eine Einheitsfront von sozialistischer und kom-

(14) Ulbricht, Für die Aktionseinheit gegen den Hitlerfaschismus, in: Vietzke, a.a.O., S.146

(15) Georgi Dimitroff, Der Kampf um die Einheitsfront, Ausgewählte Werke, Bd. 2, Berlin 1958, S. 496 f.

(16) ebenda, S. 498

(17) ebenda, S. 500

munistischer Partei zustande gekommen ist. "Die Einheitsfront- das ist vor allem breite Mobilisierung und Vereinigung der Massen von u n t e n, in den Betrieben, rings um die Einheitsorgane des Kampfes, die von den Massen selbst geschaffen worden sind. Die nächsten Aufgaben der Einheitsfront sind jetzt die Schaffung von Wahlorganen, hauptsächlich in den Fabriken und Betrieben. Eine nicht weniger wichtige Aufgabe für die zukünftige Erweiterung der Einheitsfront ist die Vereinigung der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse, als Organe des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie" (18).

Durch zwei Tendenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung sei die Einheitsfront bedroht:

1. Durch die sektiererische Angst vor den Massen.
2. Durch die rechtsoportunistische Tendenz der Verkleisterung der prinzipiellen Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Im Sinne dieser programmatischen Linie erfolgt auf der Beratung der Politkommission des EKKI im Januar 1935 eine Kritik am Politbüro der KPD. Die Vertreter des EKKI (Dimitroff, Togliatti, Pieck) warfen dem Politbüro Sektierertum vor. Das Polit-Büro verschließe die Augen vor den internationalen Erfolgen der Einheitsfront; es huldige dem Spontaneismus und erwarte, daß der Faschismus von selbst zusammenbrechen werde (19). Noch im gleichen Monat findet eine Tagung des ZK der KPD statt, auf der es Ulbricht und Pieck gelang, die Mehrheit des Polit-Büros auf ihre Seite zu bringen. Die KPD verabschiedet ihre Januar-Resolution von 1935. Deren Inhalt zeigt die endgültige Orientierung der Partei auf die Einheits- und Volksfrontpolitik an. Die KPD bekräftigt noch einmal die Notwendigkeit der Volksfront als einziges Mittel zum Sturz des Faschismus und fordert eine breite Agitation, die sich auf alle nicht-monopolistischen Klassen und Schichten erstrecken soll. Sie entwickelt ein Mittelstandsprogramm, das insbesondere die Bauern und das städtische Kleinbürgertum anspricht; sie versucht an dem Gegensatz von Großagrariern und Großkapital und den kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Schichten anzusetzen. Darüberhinaus fordert sie die Wiederherstellung der demokratischen Rechte. Mit der Januar – Resolution sieht die KPD ihre Vorbereitungen auf den VII. Weltkongress der Komintern als beendet an (20).

Die von Dimitroff begründete Notwendigkeit der Einheits- und Volksfrontpolitik wird von ihm auf dem VII. Weltkongress ausführlich in die internationale Entwicklung des Verhältnisses von Kapitalismus und Sozialismus eingeordnet. Auf dem VII. Weltkongress ging die Komintern vor einem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der UdSSR aus. "Der Sieg der sozialistischen Produktionsver-

(18) ebenda, S. 502

(19) Vietzke, a.a.O., S. 165

(20) GDAB, Bd. 5, a.a.O., S. 469/471

hältnisse in der UdSSR bedeutet nicht nur eine gewaltige politische, moralische, soziale und materielle Stärkung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, sowie seiner internationalen Autorität. Vielmehr hat der Eintritt der SU in einen neuen Abschnitt ihrer gesellschaftlichen Entwicklung international entscheidende Auswirkungen zugunsten des Wachstums der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. In ihm zeigte sich der Hauptinhalt der neuen Epoche der Weltgeschichte, der Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus.” (21)

Begründet wird dieser Hauptinhalt durch die Kollektivierung der Landwirtschaft, den Aufbau neuer Industrien und durch grundlegende Veränderungen der Klassenstruktur (22). Entsprechend der umgekehrten Tendenz der allgemeinen Verelendung und Faschisierung in den kapitalistischen Ländern muß daher der Antikommunismus mehr und mehr an Boden verlieren. Eben deshalb ist der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion eine entscheidende Grundlage für das Zustandekommen von Volksfrontbewegungen.

“In den nicht-faschistischen Ländern mußten die Kommunisten die bürgerliche Demokratie verteidigen. Um die dazu notwendige Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden, die als Hauptursache für die Siegesbedingungen des Faschismus angesehen wurde, war eine neue Einheitsfront notwendig. Dabei hatte man davon auszugehen, daß Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen die gleichen Interessen hatten.”(23) Weiter wurde festgestellt, daß für den Fall des Sturzes des Faschismus eine Situation eintreten könnte, von der aus der Sozialismus nicht sofort erreichbar war. “In einer solchen Situation, so legte der Kongress fest, sollten die Kommunisten für die Bildung einer Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion eintreten, die entscheidende Maßnahmen gegen die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals und dessen faschistische Handlanger traf, und sich unter bestimmten Umständen zu einer solchen Regierung beteiligen.” (24) In diesem Zusammenhang komme es darauf an zu begreifen, daß die Sozialdemokratie nicht die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sei und daß unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes eine Zwischenetappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus notwendig sei. In dieser Zwischenetappe sei die Verteidigung der Demokratie, des Friedens, der Kampf gegen Nationalismus und der Kampf gegen den nationalen Nihilismus oberstes Gebot (25).

Diese die Aktionseinheit, Einheitsfront und Volksfront umfassende Strategie ist begründet an der Einschätzung des Faschismus in der berühmten Formel: “Der Faschismus an der Macht . . . ist die terroristische offene Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.” (26)

(21) GDAB, Bd. 5, a.a.O., S. 109

(22) Dimitroff, a.a.O., S. 497

(23) ebenda, GDAB, Bd. 5, a.a.O., S. 110

(24) ebenda, S. 110

(25) Dimitroff, a.a.O., S. 525

(26) ebenda

Zur Kritik des VII. Weltkongresses der Komintern

Die positive Seite des VII. Weltkongresses der Komintern liegt zweifellos in der Aufgabe der Sozialfaschismustheorie und in der Konzeption einer politischen Praxis, die durch eine realitätsgerechtere Bündnispolitik den Faschismus eindämmen und zerschlagen sollte. Die Erkenntnis, daß der Kapitalismus nicht immer dem Faschismus gleichzusetzen ist, daß also bürgerlich demokratische und sozialreformistische Herrschaftsverhältnisse vom faschistischen Terror scharf zu unterscheiden sind, ist das theoretisch wichtigste Resultat des VII. Weltkongresses. Die von dieser Erkenntnis abgeleitete Taktik mit allen antifaschistischen Kräften, gleichgültig welcher klassenspezifischen Herkunft und welcher ideologischen Orientierung zusammenzuarbeiten, um den Faschismus zu bekämpfen, wurde in der Bündnispolitik ausformuliert. Wichtigste Grundlage dieser Politik war der Kampf um die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats. Es wurde erkannt, daß nur wenn die Arbeiterklasse soweit vereinigt ist, daß sie die wichtigsten antifaschistischen Kampfziele potentiell erreichen kann, die Politik der Volksfront sinnvoll ist. Nur ein organisatorisch und ideologisch nicht zersplittertes Proletariat konnte in der Lage sein, andere antifaschistische Kräfte an sich zu binden.

Die folgende Kritik der Volksfront ist keine Kritik ihrer Praxis. Sie kritisiert die Praxis der Volksfront nur soweit, wie schon aus den theoretischen Grundlagen Unklarheiten und Widersprüche resultieren, die dann für die Praxis der Volksfront relevant sind.

Theoretisch wurde die Bündnispolitik durch zwei internationale Prozesse mit fundiert. Der eine Prozess ist die Verschärfung der allgemeinen Krise des internationalen Kapitalismus und der andere Prozess ist der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion. Aus der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird gefolgert, daß die "herrschende Bourgeoisie immer mehr ihre Rettung im Faschismus sucht, um die schlimmsten Ausplünderungen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg vorzubereiten, um die Sowjetunion zu überfallen, China zu versklaven und durch alle diese Schritte die Revolution zu verhindern." (27) Diese Definition unterstellt, daß die herrschenden Klassen in einer Reihe von Ländern im Faschismus bewußt ihr probates Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaftsstrukturen sehen, daß der Faschismus zwar einerseits Resultat der allgemeinen Krise ist, andererseits aber im internationalen Maßstab bewußt als Instrument der Unterdrückung und der Ausplünderung des Volkes eingesetzt wird. Er ist gleichermaßen als Ausdruck einer historischen Tendenz zu begreifen, die, ausgelöst durch die Oktoberrevolution und die Befreiungskämpfe der unterentwickelt gehaltenen Länder, die einzige mögliche Lösungsform der Widersprüche der imperialistischen Systeme darstellt. Die allgemeine Krise des Kapitalismus als Ausdruck der Niedergangsperiode des internationalen Imperialismus zwingt die jeweiligen herrschenden Klassen zum umfassenden Abbau der demokratisch-bürgerlichen Herrschaft.

(27) ebenda, S. 523

“Die bürgerliche Demokratie war die gegebene Form der Herrschaft der Bourgeoisie in der aufsteigenden Periode des Kapitalismus, als derselbe noch seine historische Mission der Entwicklung der Produktivkräfte erfüllte . . . Die bürgerliche Demokratie mußte in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus unterhöhlt und beseitigt werden, da die kapitalistische Produktionsweise zu einem Hindernis der weiteren Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte geworden ist.” (28) Diese Bestimmung von Varga legt die Schlußforderung nahe, daß der Faschismus überhaupt der Versuch des Aufhaltens der historisch notwendigen Zersetzung des Kapitalismus ist. Dies nicht in dem Sinne, daß er *eine* mögliche Form des Aufhaltens der Zersetzung der kapitalistischen Herrschaft ist, sondern in dem Sinne, daß er die einzig mögliche Form ist. Dagegen ist einzuwenden, daß in anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie in England oder in den USA in der damaligen Periode von einer faschistischen Gefahr nicht die Rede sein konnte. Vielmehr in den Ländern, deren ökonomische und politische Entwicklung im Verhältnis zu anderen ungleichmäßig verlief, — die also versuchten, ihre relativ schlechteren ökonomischen und politischen Entwicklungsbedingungen durch Gewalt nach außen und Terror nach innen zu beseitigen —, entstand der Faschismus. Es waren in der Regel zugleich Länder, in denen die bürgerliche Demokratie nie richtig Fuß fassen konnte, in denen weder das politische System jemals völlig nach den Gesetzen der bürgerlichen Demokratie funktionierte, in denen daher auch in der Regel keine demokratischen “Traditionen” verankert waren. Diese Gesichtspunkte lassen aber die Theorie von der allgemeinen Krise in Bezug auf die Erklärung der Entstehungsbedingungen des Faschismus fragwürdig werden.

Komplementär zur allgemeinen Krise des Kapitalismus verläuft nach Dimitroff die Entwicklung in der Sowjetunion. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse sei gegeben und dieser Sieg untergrabe besonders in den vom Faschismus bedrohten kapitalistischen Ländern zunehmend mehr den Antikommunismus. Nicht zuletzt deshalb, so folgert Dimitroff, sei die Sowjetunion ein “Kind des Weltproletariats”.

“Die Sowjetunion ist ein Kind des Weltproletariats, der Weltrevolution. Ihre wahren Grenzen gehen durch die ganze Welt, umfassen alles, was für die Arbeiterklasse lebt und für ihre Sache kämpft. Die Sowjetunion ist das Land, in dem der Sozialismus aufgebaut wird, in dem die Ideale des Weltproletariats Fleisch und Blut gewinnen — sie ist das sozialistische Vaterland der Werktätigen aller Länder.” (29)

Gegen die These vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist einzuwenden, daß mindestens Teile ihrer Begründung problematisch sind. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse wird von der Industrialisierung im staatlichen Sektor und der Kollektivierung der Landwirtschaft abgeleitet. Die Fortexistenz von Warenbeziehungen wird durch diese zwei verschiedenen Formen des Ei-

(28) Varga, Eugen, Die Krise des Kapitalismus und ihre Folgen, Frankfurt 1969, S. 337

(29) Dimitroff, a.a.O., S. 495

gentums erklärt. Kollektivwirtschaftliches Eigentum und staatliches Eigentum machen Warenbeziehungen als technische Vehikel notwendig. Aber von den alten Warenbeziehungen des Kapitalismus bleibt nur deren Form übrig, "während sich das Wesen der Warenkategorien bei uns grundlegend geändert hat." (30) Bettelheim kritisiert diese Definition von Stalin mit dem Hinweis darauf, daß der Inhalt der Warenbeziehungen im Sozialismus nicht im Sinne einer technischen Vermittlung zwischen zwei ökonomischen Sektoren begriffen werden kann, sondern daß er sich bestimmt durch die Fortexistenz arbeitsteilig gesellschaftlicher Produktion unter der Bedingung unentwickelter Produktivkräfte und unentwickelter sozialistischer Produktionsverhältnisse. "Wenn die Wertform in den heutigen Übergangsgesellschaften weiterbesteht, so deshalb, weil bestimmte gesellschaftliche Bedingungen existieren, die weiterhin die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annehmen." (31) Aber abgesehen von diesem zentralen Widerspruch der Übergangsgesellschaften, der keinesfalls nur durch die Veränderung des juristischen Eigentums und durch einen Fortschritt der Produktivkräfte aufgehoben werden kann, ist die von Dimitroff aus dem "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" abgeleitete Auffassung von der Sowjetunion als dem "Vaterland aller Werktätigen" irreführend. Die Verschleierung der Widersprüche in der Sowjetunion hatte allerdings die Funktion, in den westlichen europäischen Ländern die wahren Sachverhalte zu verdrehen. Die These, daß der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion die Erfolgsbedingungen der Volksfront verbessere, hatte in Wirklichkeit die Funktion, ein zusätzliches Argument für die Initiierung von Volksfrontbewegungen zu schaffen, um so zu verhindern, daß die Sowjetunion überfallen würde. Nicht aber der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse war eine weitere Erfolgsbedingung der Volksfront, sondern die Volksfront war mehr eine Überlebensbedingung der Sowjetunion.

Ist schon die These von der allgemeinen Krise des Kapitalismus, aus der mehr oder weniger zwangsläufig der Faschismus resultiert, theoretisch völlig unzureichend und schwammig und ist die These vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion in Bezug auf die davon abgeleiteten Konsequenzen für die Volksfront idealistisch und zugleich vordergründig taktisch motiviert, dann ist die Zweifraktionentheorie erst recht problematisch.

Die Komintern definiert den Faschismus als Resultat einer Kräfteverschiebung im Lager der Bourgeoisie. Sie leitet daraus eine Polarisierung von einigen besonders aggressiven Imperialisten und allen übrigen Klassen und Schichten ab, baut auf diese Polarisierung die Volksfrontstrategie auf und sieht die Erfolgchance durch das Gegenstück der allgemeinen Krise, den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion abgesichert. Mit einer in der Tat feststellbaren Kräfteverschie-

(30) Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus, in: Bettelheim, Charles, Ökonomischer
(31) Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1970, S. 51/52
Bettelheim, ebenda, S. 46

bung im Lager der Bourgeoisie ist aber nicht das Wesen der faschistischen Herrschaft bestimmt. Das Wesen des Faschismus ist nur erkennbar aus der Analyse der realen Klassenbewegung, der ihr zugrundeliegenden Herausbildung der ökonomischen Widersprüche im nationalen und internationalen Rahmen. Die politische Form der Herrschaft der Bourgeoisie unter jeweils konkreten Bedingungen muß aber genau von diesen materiellen Widersprüchen her bestimmt werden.

Eine Faschismusanalyse, die sich auf die Konstatierung oberflächlicher Kräfteverschiebungen im Lager der Bourgeoisie beschränkt und die es unterläßt, den Zeretzungsprozess der Kapitalherrschaft in der Totalität des Produktions- und Reproduktionsprozesses zu analysieren, ist notwendig beschränkt. Aus der oberflächlichen Faschismusanalyse der Komintern resultieren auch die Fehler der antifaschistischen Volksfront. Mit der Zwei-Fraktionen-Theorie ist es nicht mehr möglich zu erklären, warum und unter welchen Umständen der Faschismus seine entscheidende Massenbasis im "Kleinbürgertum" hatte. Es ist aber einerseits klar, daß viele noch dem kleinbürgerlichen Bewußtsein verhaftete, ökonomisch durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals proletarisierte Teile des "Kleinbürgertums" im Faschismus ihre Rettung sahen, zumal sie aufgrund des Fehlens von Klassenerfahrungen leicht der faschistischen Ideologie Glauben schenkten. Andererseits ist die durch Inflation, Weltwirtschaftskrise u.a. ständig verschlechterte ökonomische Situation der selbständigen und unselbständigen Mittelklasse eine weitere materielle Basis des Faschismus gewesen. Die programmatische Ausrichtung des Faschismus war zwar in der Tat insofern demagogisch, weil er diesen Klassen die Rettung vor ihrem ökonomischen Schicksal versprach, aber das Versprechen des Faschismus, diese Schichten vor dem Zugriff des Großkapitals zu schützen, die Arbeiter der Klein- und Mittelbetriebe ganz besonders auszubeuten u.a.m., war nicht nur ideologischer Schein. Es war die einzige Hoffnung dieser Schichten, sich

**DER GEMEINSAME KATALOG DER
LINKEN LÄDEN UND VERLAGE
ERSCHEINT IN KÜRZE!**

Er ist erhältlich in allen linken Buchhandlungen. Schriftliche Bestellungen des Kataloges an den Politladen Erlangen werden nach Erscheinen ausgeführt. Bitte 0,70 DM Rückporto beilegen. Der Katalog hat ca. 200 Seiten DIN A 5.

ökonomisch und politisch über Wasser zu halten. Selbst wenn man von einer Kräfteverschiebung im Lager der Bourgeoisie sprechen kann, so bedeutet dies nicht, daß nicht letztlich der größte Teil der Bourgeoisie und weite Teile des bürgerlichen Mittelstandes und der Bauern aufgrund der ökonomischen und politischen Zwangsverhältnisse im Faschismus eine Alternative sahen.

Schon der bloße Hinweis auf die materielle Basis der Anfälligkeit dieser Klassen und Schichten für den Faschismus zeigt, daß die 'Zwei-Fraktionen-Theorie' "den eigenständigen Massencharakter der faschistischen Bewegung verkennt." (32) Wie hilflos Dimitroff vor dem Problem der materiellen Basis der faschistischen Massenbewegung steht, zeigt folgende taktische Devise: "Der Faschismus versucht die werktätigen Massen in Stadt und Land dem revolutionären Proletariat entgegenzustellen und den Kleinbürger mit der roten Gefahr zu schrecken. Wir müssen den Spieß umdrehen, den Handwerkern, den Bauern und der werktätigen Intelligenz zeigen, woher die wirkliche Gefahr droht." (33) Das Mittel, um den Spieß umzudrehen, war die Volksfront, deren Notwendigkeit er so begründet: "Wir dürfen uns nicht auf bloße Aufrufe zum Kampf für die proletarische Diktatur beschränken, sondern müssen solche Lösungen aufstellen und Kampfformen finden, die sich aus den Lebensbedürfnissen der Massen, aus dem Grad ihrer Kampffähigkeit in der gegebenen Entwicklungsetappe ergeben . . . Das bedeutet erstens, den gemeinsamen Kampf für die wirkliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die Schultern der herrschenden Klassen, auf die Schultern der Kapitalisten, der Grundherren, mit einem Wort auf die Schultern der Reichen (zu laden) . . . Das bedeutet zweitens den gemeinsamen Kampf gegen die herannahende Gefahr eines imperialistischen Krieges, einen Kampf, der die Vorbereitung dieses Krieges erschweren würde." (34)

Diese Zielbestimmungen, wie richtig sie immer sein mögen, werden aus der Polarisierung von Finanzkapital und Volk abgeleitet, d.h. eine ökonomistische Interpretation des Widerspruchs zwischen den Monopolen und dem "Volk" dient zur Konstruktion einer punktuellen aber auch möglicherweise langfristigen Interessenidentität zwischen dem Volk und gegen die wenigen Imperialisten. Wie und wodurch insbesondere die kleinbürgerlichen Schichten, materialistisch begründet, die Mystifikationen durchbrechen sollen, in die sie befangen sind und die die Faschisten nach Kräften ausnutzen, wird weder aus der Feststellung des Widerspruchs zwischen Volk und Monopolen klar noch aus der Faschismusanalyse der Komintern. Das Anknüpfen an die Notwendigkeit der Wiederherstellung demokratischer Freiheiten reicht dann nicht aus, wenn nicht deutlich wird, wie das Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf vermittelt ist. Die Ziele der Volksfront hätten eine

(32) Ernest Mandel, Trotzkis Faschismustheorie. in: Leo Trotzki, Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt 1971, S. 30

(33) Dimitroff, ebenda, S.560

(34) ebenda, S. 555/556

(35) und (36) entfallen.

Analyse erfordert, die ausgehend von der konkreten Situation, immer noch den eigenständigen Charakter des sozialistischen Kampfes auch und gerade dann erkennt, wenn der sozialistische Kampf, durch die Umstände bedingt, mit vorwiegend bürgerlich-demokratischen Losungen geführt wird. Die Ursache für die umstandslose Identifizierung des demokratischen und sozialistischen Kampfes liegt theoretisch darin begründet, daß die Zwei-Fraktionen-Theorie der Zwilling der Sozialfaschismustheorie ist. Beiden Theorien ist ein Begriff vom Staat als sich selbst bewegende Größe eigen, ökonomische und politische Widersprüche werden in einen reinen Machtbegriff aufgelöst. Beide Theorien analysieren daher auch nicht den realen Zersetzungsprozess der kapitalistischen Produktionsweise und die sich zuspitzenden Widersprüche von Ökonomie und Politik. Der Unterschied zwischen beiden Theorien ist nur politisch taktischer Natur.

Der Zusammenhang von Brüsseler und Berner Konferenz der KPD mit dem Konzept der antifaschistischen-demokratischen Umwälzung nach 1945.

Das Brüsseler Programm der KPD (1935) fußt auf den Beschlüssen des VII. Weltkongresses. Es ist dem Selbstverständnis nach die Konkretisierung dieser Beschlüsse für die nationale Politik der KPD. Die auf der Konferenz verabschiedete Resolution enthält eine Analyse über die Lage der "werk tätigen Massen". Im Sinne der politischen Zielsetzung der Komintern wird dabei von einem sich zuspitzenden Gegensatz zwischen Volk und besonders aggressiven Monopolen ausgegangen. Nachdem das Programm feststellt, daß es "dem Hitlerfaschismus nicht gelungen ist, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen" (37), weist es auf eine Steigerung der Massenunzufriedenheit auch unter dem Kleinbürgertum hin, sowie auf zunehmende Konflikte im "Lager der Bourgeoisie über den Kurs der Wirtschaftspolitik, über das Verhältnis des Staates zur Nazipartei, über den Totalitätsanspruch der Nazipartei, über die Rassenpolitik, über den innenpolitischen Kurs und über bestimmte außenpolitische Methoden der Hitlerregierung." (38) Die wachsenden Widersprüche würden sich nicht nur in dem zugespitzten Kirchenstreit, dem Verbot von zahlreichen Vereinen und Organisationen, in der zunehmenden Distanzierung von Teilen der Reichswehrgeneralität und der deutschen Bourgeoisie von der Hitlerpartei zeigen, sondern auch in der sich steigernden Unzufriedenheit der Werktätigen, in der Verschlechterung der Lage der Bauern und des städtischen Kleinbürgertums. Ausdruck dieser Tatsache ist, daß "die Gefängnisse und Konzentrationslager mit den Widersachern des faschistischen Regimes überfüllt sind." (39) Mit der Einführung der Militärdienstpflicht, des Arbeitsdienstes, sowie mit der verschärften Kriegsproduktion bereite der Hitlerfaschismus einen neuen imperialistischen Krieg vor, der bisher nur Dank der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion verhindert worden sei. Den An-

(37) Resolution der Brüsseler Konferenz der KPD, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 131

(38) ebenda, S. 132

(39) ebenda, S. 133

strengungen um die Kriegsvorbereitung entspreche eine immense Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Interesse der Großkapitalisten und der Junker. Trotz dieser Lage habe sich bisher nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse die Erkenntnis zu eigen gemacht, daß nur das vereinigte werktätige Volk den Faschismus besiegen könne. Nur "die proletarische Einheitsfront ist die Voraussetzung für den Sturz der Hitlerdiktatur." (40)

Die Hauptursache für die Siegesbedingungen des Faschismus, so bestimmt die Resolution, ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch die SPD. Dadurch aber, daß sich die Verhältnisse grundlegend geändert hätten, – die SPD ist der gleichen Verfolgung wie die KPD ausgesetzt –, wäre objektiv ein neues Verhältnis zur SPD entstanden. das die Verwirklichung der Einheitsfront ermögliche.

Ausgangspunkt für die Einheitsfront ist der "Kampf um die ständige Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen, der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen die faschistische Unterdrückung." (41) Zur Erreichung dieses Ziels sollen Einheitsfrontabkommen zwischen beiden Parteien abgeschlossen werden. Über die Zusammenarbeit mit der SPD hinaus, sollen alle Anstrengungen unternommen werden, die einer erfolgreichen Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen dienen. Die Perspektive dieser Taktik ist die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Volksfront, deren Grundlage der Kampf um demokratische Freiheiten, um Frieden, um die Verwirklichung wirtschaftlicher Forderungen, höhere Löhne, Herstellung eines gerechten Preises für die von Bauern und Mittelständlern produzierten Waren, sowie der Kampf gegen Kulturreaktion und Terror ist. In seinem Schlußwort auf der Brüsseler Konferenz faßt Piek die Ergebnisse der Beratungen zusammen. Das Neue, das diese Parteikonferenz erbracht habe, besteht danach:

1. in einem neuen Verhältnis zu den Sozialdemokraten
2. in der Erkenntnis, daß "die faschistischen Massenorganisationen das entscheidende Wirkungsfeld für unsere gesamte Tätigkeit zur Gewinnung der Massen für den Kampf gegen den Faschismus sind." (42)
3. in der Erstellung einer Plattform, die geeignet ist, die Uneinigkeit der antifaschistischen Opposition zu überwinden. (43)
4. in der Schaffung einer neuen Parteiorganisation, die geeignet ist, den Bedingungen des illegalen Kampfes standzuhalten.

(40) ebenda, S. 136

(41) ebenda, S. 136

(42) Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KPD in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, ebenda, S. 155/156, siehe auch: GDAB, Bd. 5, a.a.O., S. 473

(43) ebenda

Die Erfolge, die mit dieser Programmatik erzielt wurden, sind bekanntlich minimal, trotz der zahlreichen Opfer, die die KPD für ihre Verwirklichung brachte. Auf der Berner Konferenz im Jahre 1939, die ganz unter dem Eindruck des drohenden Krieges steht, wiederholt die KPD daher noch einmal ihre Forderung zur Schaffung einer antifaschistischen Volksfront. (44) Das Neue an der Berner Konferenz allerdings ist, daß zum ersten Mal Vorstellungen über die "neue demokratische Republik" nach dem Sturze des Hitlerfaschismus artikuliert werden. Als einen Hauptmangel an der bisherigen Volksfrontpolitik bezeichnet Pieck in seinem Referat die Unklarheit über das, was nach dem Sturze des Faschismus kommen soll. (45) "Es war deshalb notwendig, sich in allen Einzelheiten über das Ziel zu verständigen, das mit dem Sturz des Hitlerregimes erkämpft werden soll und bis zu Ende Klarheit über das neue Deutschland zu schaffen." (46) Bei der Formulierung der Programmatik für die "neue demokratische Republik" ist der Zusammenhang von der Volksfrontkonzeption mit dem Programm für den Aufbau des nachfaschistischen Deutschland unverkennbar.

Zunächst stellt die Berner Konferenz fest, daß "die neue demokratische Republik nicht, wie die Nazipropaganda es den Massen einzureden versucht, ein schwaches Deutschland und ein Deutschland des Chaos sein wird." (47) Es wird ein Deutschland sein, das, im "Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrottet, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entzieht", das "in der Armee", ebenfalls im Gegensatz zur Weimarer Republik, "in dem Beamtenapparat und der Polizei einen zuverlässigen Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte" haben wird. (48)

In einem Volksfrontdeutschland wird

- die Verfassung alle demokratischen Rechte garantieren
- das faschistische Trustkapital enteignet. Es wird eine Wirtschaftspolitik durchgeführt, die auf die Hebung des Volkswohlstandes ausgerichtet sein wird und die das bäuerliche und mittelständische Eigentum schützt.
- eine Friedenspolitik im Geiste der Völkerverständigung durchgeführt werden
- und oberstes Ziel die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse sein.

Zur Verwirklichung der auf der Berner Konferenz bekräftigten Volksfrontpolitik zur Schaffung dieser Republik sollte, so Pieck, vor allem in der Agitation herausgearbeitet werden, daß es einen Gegensatz zwischen den Interessen der deutschen Na-

(44) Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um eine neue demokratische Republik, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, ebenda, S. 162

(45) Pieck, W., in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, Heft 1, S. 93

(46) GDAB, Bd. 5, a.a.O., S. 219

(47) ebenda, S. 179

(48) ebenda, S. 179

tion und der Politik des Hitlerfaschismus gibt. "Wir sollten uns nicht scheuen, das Wort Nation in unserer Agitation zu verwenden, ebenso wie das Wort Volk. Wir wollen damit nicht die bestehenden Klassengegensätze vertuschen, sondern zeigen damit gerade diesen Gegensatz auf, der zwischen den nationalen Interessen des Volkes und den Interessen seiner Beherrscher und Unterdrücker, des Trustkapitals und des Hitlerfaschismus besteht." (49)

Praktische Relevanz hatten die Brüsseler und Berner Beschlüsse der KPD nicht für ihren eigentlichen Zweck, – den Sturz des Faschismus –, wohl aber für die Neuordnungskonzeption der KPD nach dem II. Weltkrieg. Mit der Niederlage des Faschismus hatte die "braune Pest", die "Hitlerbande", das "Verbrechergesindel", die "rasende Hitlerbestie" ausgespielt. (50) "Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der SU, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts." (51) In einer Erklärung bezeichnet Ulbricht den Faschismus als ein nationales Unglück, als eine Katastrophe, während die "kommunistische Partei eine wahrhaft nationale Partei ist, denn sie kämpft um die Beseitigung der Ursachen des Unglücks der Nation." (52) In dieser schon durch die Brüsseler und Berner Konferenz vorbereiteten Sprache ist auch der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 verfasst, der als erste Aufgabe die Enteignung der kapitalistischen Monopole aufgrund ihrer moralischen Schuld am Entstehen des Faschismus bestimmt. Zugleich schließt sich die KPD bei der Aufzählung der Schuldigen nicht aus. "Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz unserer Blutopfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden . . . und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagt hat." (53) Mit der Aufzeichnung eines Forderungskataloges, der noch einmal die Volksfrontprogrammatische formuliert, bezeichnete die KPD die nächsten Hauptaufgaben. Diese sind: 1. radikale Vernichtung des Hitlerismus; 2. Kampf gegen Elend, erste Maßnahmen des Wiederaufbaus; 3. Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten des Volkes; 4. Errichtung eines demokratischen Staates; 5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung; 6. Enteignung des gesamten Nazi-vermögens; 7. Liquidierung des Grundbesitzes; 8. Verstaatlichung aller lebenswichtigen Betriebe; 9. friedliche Außenpolitik; 10. Wiedergutmachung bei gerechter Verteilung der Lasten. (54)

(49) Pieck, W., a.a.O., S. 93/94

(50) Erklärung des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, a.a.O., S. 193

(51) GDAB, Bd. 6, Berlin 1966, S. 347

(52) Ulbricht, in: GDAB, Bd. 6, ebenda, S. 353

(53) Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!, Erklärung des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: a.a.O., S. 191 f

(54) ebenda

II. Das Scheitern der Volksfrontstrategie im Zuge der Rekonstruktion des Kapitalismus in Westdeutschland

Die auf dem VII. Weltkongress der Komintern konzipierte Programmatik der Volksfront war zunächst am Faschismus als existentem Herrschaftssystem orientiert. Dennoch war in diese Konzeption miteinbezogen, daß Volksfront- und Einheitsfrontpolitik nicht einen nur defensiven Charakter hatte. Sie wurde, unter Berufung auf Lenin als ein Weg hin zur Erreichung der politischen und sozialen Ziele der kommunistischen Arbeiterbewegung gesehen. (55) Damit war die Volksfrontpolitik nicht nur zeitlich auf einen defensiven antifaschistischen Kampf beschränkt, sondern unter bestimmten Bedingungen offensiv konzipiert. Da jedoch der Faschismus nicht durch die Volksfront, sondern durch die totale militärische Niederlage beseitigt wurde und da überdies das Ergebnis des II. Weltkrieges die internationale Lage völlig veränderte, ist die Analyse der Bündnispolitik ohne die Berücksichtigung der internationalen Kräfteverhältnisse nicht möglich. Für die Phase der Nachkriegszeit stellt sich daher, deutlicher noch als für die Zeit der Herrschaft des Faschismus, das Problem, daß die Bündnispolitik weder allein durch einen Rekurs auf die Programmatik noch durch die Analyse ihrer theoretischen Grundlagen allein erfaßt werden kann. In die Analyse müssen daher die Interessen der Siegermächte ebenso mit einbezogen werden wie die daraus resultierenden Probleme für eine deutsche sozialistische Politik.

Das Ende des II. Weltkrieges ist für die kommunistische Bewegung das Datum des Beginns der sogenannten II. Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. In einigen europäischen Ländern beteiligten sich die kommunistischen Parteien an der Regierung. Auch in Westdeutschland versucht die KPD ihre Bündnispolitik zu initiieren um ein antifaschistisch- demokratisches System aufzubauen. Damit entsteht notwendig die Frage nach der Einschätzung der Lage des internationalen wie nationalen Kapitalismus. Es ist also zu untersuchen, von welchen die Politik der KPD fundierenden Analysen ausgegangen wurde, wie und wodurch die reale Nachkriegssituation die Analysen und die Programmatik beeinflusst. Insbesondere ist die Kontinuität der Bündnispolitik unter Berücksichtigung des Widerspruchs zwischen der vom Krieg verwüsteten und von den Imperialisten erneut bedrohten Sowjetunion und der KPD zu entwickeln.

(55) Dimitroff, a.a.O., S. 603: "Vor 15 Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, Formen des Übergangs oder Herankommen an die proletarische Revolution ausfindig zu machen. Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen!"

Allgemeine Einschätzung des Kapitalismus und der internationalen Klassenkampf-situation nach dem II. Weltkrieg.

Die Hauptthese der Kapitalismusanalyse nach dem II. Weltkrieg ist die, daß mit dem Beginn der II. Etappe der allgemeinen Krise dem Kapitalismus "heftige Schläge versetzt" wurden, "sein Herrschaftsbereich erheblich eingeschränkt" wurde, "die inneren Widersprüche der kapitalistischen Länder sich verschärfen", daß "die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder noch vergrößert" war und nur die "USA als einziges kapitalistisches Land gestärkt aus dem Krieg" hervorgingen. (56)

Mit dieser allgemeinen These sind in der Sicht der kommunistischen Bewegung bereits die Grundzüge der internationalen Kapitalentwicklung bezeichnet. Stalin nennt als wichtigstes ökonomisches Resultat des II. Weltkrieges den "Zerfall des einheitlichen allumfassenden Weltmarktes". (57) Deutschland und Japan wurden nach seiner Analyse als Konkurrenten der USA, Englands und Frankreichs "außer Gefecht gesetzt", (58) während mit dem "Abfall Chinas und der volksdemokratischen europäischen Länder ein einheitliches und mächtiges sozialistisches Lager entstanden" sei, dessen antagonistisches Verhältnis zum Lager der kapitalistischen Länder "ökonomisch zu dem Ergebnis führte, daß der einheitliche, allumfassende Weltmarkt zerfiel" (59). Daraus folgert Stalin, daß sich die "Bedingungen des Weltabsatzmarktes für diese Länder verschlechtern" werden (60).

Um das Jahr 1947 beginnt eine Diskussion über Vargas kurz nach dem Kriege erschienenen Buches "Veränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges." (61) Diese Diskussion läßt sich nicht als eine akademische Kontroverse begreifen, sondern sie kann nur als Reflex der sich verändernden internationalen Situation begriffen werden. Obwohl darauf noch später eingegangen werden soll, sind die Hauptkennzeichen dieser die unmittelbare Nachkriegskonstellationen verändernden Prozesse: 1. Das endgültige Umschalten der Westalliierten auf einen harten antikommunistischen Kurs. 2. In einigen westeuropäischen Hauptländern zeichnet sich eine ökonomische Krise ab. 3. In Deutschland wird der Spaltungsprozess vorangetrieben. 4. Die chinesische Revolution tritt in ihre Schlußphase.

(56) GDAB, Bd. 6, a.a.O., S. 12

(57) Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Moskau 1952, S. 36 Diese Stalin-Schrift ist erst Anfang der 50-iger Jahre verfaßt worden. Sie gibt aber dennoch einen guten Einblick in die theoretischen Analysen der Nachkriegszeit.

(58) ebenda, S. 37

(59) ebenda

(60) ebenda, S. 38

(61) Veränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges, in: Sowjetwissenschaft, 1. Beiheft, Jg. 1, Berlin 1947 sowie: Varga, Eugen, Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des Zweiten Weltkrieges, In: Die Krise des Kapitalismus und ihre Folgen, a.a.O., S. 416 (Schlußwort)

Eine Referierung der zentralen Thesen dieser Diskussion ist deswegen interessant, weil in ihr in der Tat die wichtigsten Elemente der Einschätzung der kapitalistischen Nachkriegsentwicklung durch die Sowjetökonomie im Kontrast zu den Analysen Vargas benannt werden. Varga ging davon aus, daß der Kapitalismus seine Krise aufschieben könne, indem er durch staatliche Planung die krisenhaften Tendenzen in der Nachkriegszeit modifizieren könne und somit a) nach seiner Einschätzung nicht unmittelbar mit einer tiefgreifenden Weltwirtschaftskrise zu rechnen sei. Dem liege b) zugrunde, daß die Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozess im Vergleich zu früher gewachsen sei und daß es im Jahre 1947 in einigen kapitalistischen Ländern eine Art Staatsplan gibt. (62) Wenn aber, so Varga, kein unmittelbarer Zusammenbruch des Kapitalismus zu erwarten sei, dann brauche man auch nicht unbedingt mit einem militärischen Lösungsversuch der ökonomischen Krise zu rechnen. Zwar müsse man "von einer außerordentlich komplizierten Lage ausgehen, für welche der Kampf der beiden Systeme unter neuen Verhältnissen, der Kampf zwischen England und den USA, der Kampf zwischen Imperialismus und den Kolonien, der Kampf der Bourgeoisie zur Verteidigung der kapitalistischen Ordnung gegen die kommunistische Bewegung, der Kampf der Sozialdemokratie zwischen dem rechten Flügel, der mit der Bourgeoisie geht und dem linken, der mit den Kommunisten geht, bestimmend ist", aber dennoch garantiere die Stärke der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers auch ohne Krieg durchaus die Möglichkeit sozialistischer Veränderungen in Europa (63); zugleich müsse gerade unter diesen Bedingungen die Leninsche These von der Unvermeidlichkeit des Krieges relativiert werden.

Gegen diese Einschätzungen wurden verschiedene Stimmen laut, u.a. wahrscheinlich die von Stalin persönlich. Weil die ökonomische Entwicklung der westeuropäischen Länder in den "Krallen der USA läge", wäre es falsch anzunehmen, "daß diese "beste Ordnung" sich auf "ewige Zeiten" erhalten könnte, daß diese Länder die Herrschaft und das Joch der Vereinigten Staaten von Amerika endlos dulden und daß sie nicht versuchen würden . . . einen selbständigen Entwicklungsweg zu betreten." (64) Daraus leitet er die Unvermeidbarkeit von Kriegen ab. Die Analyse Wosnessenskij und Sdanovs nehmen explizit zu Vargas Thesen Stellung. Wosnessenskij und Sdanov gehen von einem bevorstehenden unvermeidlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Hauptländer aus, die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung habe sich verschärft. Wosnessenskij diagnostiziert, ganz im Gegensatz zu Varga, eine Verschärfung der politökonomischen Widersprüche in den USA und in Großbritannien. Die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion habe in den USA ein Absinken des Produktionsstandes um mehr als ein Drittel bewirkt. Da Planung im Kapitalismus nicht möglich sei, müsse man aufgrund

(62) Varga, in: Sowjetwissenschaft, ebenda, S. 10

(63) ebenda, S. 8

(64) Stalin, Ökonomische Probleme, a.a.O., S. 40

dieser Lage mit einer aggressiven Lösungsform der Krise rechnen. (65) Es läßt sich festhalten, daß der Beginn der zweiten Etappe der allgemeinen Krise als der Anfang einer der Entwicklung nach 1918 analogen Verlaufsform der kapitalistischen Krise angesehen wurde. Daraus spricht u. a. Stalins Argumentationsgang, mit dem er die Unvermeidlichkeit von Kriegen begründet. Er glaubt, daß Deutschland und Japan sich ähnlich schnell wie nach dem I. Weltkrieg ökonomisch und militärisch wieder entwickeln werden. (66) Die Datierung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf das Ende des II. Weltkrieges erfolgte aber nicht nur in der Erwartung einer allgemein größeren Labilität des Systems, sondern in einer konkreten Erwartung einer ökonomischen Schwächung, die sich in schrumpfenden Außenmärkten und Stagnation auf den Binnenmärkten äußern werde.

Die von Sdanov in Polen vorgetragenen Thesen sind unmittelbarer Auftakt zur Gründung der Kominform. "Im September 1947 wurde in Warschau das kommunistische Informationsbüro gegründet, mit dem Ziel, den ideologischen Einfluß der KPdSU zu vermitteln und zur Stützung des sowjetischen Hegemonialsystems zu nutzen." (67) Zum gleichen Zeitpunkt, an dem Vargas "Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik" geschlossen wird, verkündet Sdanov: "Der Teilung der in der Weltarena wirkenden politischen Kräfte entsprechen zwei Lager . . . das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Das Hauptziel des imperialistischen Lagers stellt die Festigung des Imperialismus dar, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, sowie die Unterstützung reaktionärer, antidemokratischer, profaschistischer Regimes und Bewegungen." (68)

Die Analyse der alliierten Deutschlandpolitik in der Geschichtsschreibung der SED

Deutschland war einer der Brennpunkte, von dem aus die internationalen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten und den Übergangsgesellschaften stark beeinflußt werden mußten.

Grundlage der alliierten Deutschlandpolitik sind die Kompromissergebnisse der Konferenzen in Jalta und Potsdam. Auf einige Stichpunkte zusammengefaßt, sind die Inhalte des Potsdamer Abkommens: Entnazifizierung; Entflechtung; Abrüstung

-
- (65) Wosnessenskij, Der Fünfjahrplan des Wiederaufbaus und die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR . . . Bericht der Tagung des Obersten Sowjet, Berlin 1946, S. 13, 14, 21f
- (66) Stalin, a.a.O., S. 40/41
- (67) Abendroth, W., Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1965, S. 166
- (68) Sdanov, A., Über die internationale Lage. Vortrag, gehalten auf der Informationsberatung von Vertretern einiger kommunistischen Parteien in Polen, September 1947, Berlin 1947

und Entmilitarisierung; Zahlung von Reparationen; Gebietsabtrennungen und Aufteilung der Besatzungsherrschaft in Zonen; Reedukation; Demokratisierung der Justiz und des Erziehungswesens; Behandlung Deutschlands als eine ökonomische Einheit. (69)

Hauptergebnis, “dank der Entschlossenheit der Sowjetunion”, – so die “Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung” –, war es, “eine Nachkriegsordnung zu schaffen, die allen Ländern die Gewähr einer friedlichen Entwicklung bot”; hinzu kommt, daß “an der festen Haltung der Sowjetunion alle Versuche gescheitert” seien, “Deutschland zu zerstückeln, die deutsche Friedenswirtschaft aus Konkurrenzgründen zu vernichten” . . . “Auf Vorschlag der Sowjetunion beschloss die Potsdamer Konferenz ein einheitliches, demokratisches, friedliches Deutschland zu schaffen, in dem das deutsche Volk seine volle Unabhängigkeit zurückerhalten sollte.” (70)

Auf dieser Programmatik war nach Badstübner/Thomas eine demokratische Umgestaltung in Deutschland möglich. “Das Potsdamer Abkommen präjudizierte nicht die Entscheidung einer volksdemokratischen oder einer bürgerlich demokratischen Entwicklung eines einheitlichen Nachkriegsdeutschland.” (71) Es wird als ein Erfolg der friedlichen Koexistenzpolitik der Sowjetunion gewertet, während die Verlierer in dieser Runde “die aggressiven Münchenpolitiker sowie die deutsche Monopolbourgeoisie” (72) waren.

Der zunächst erfolgreich koordinierten Besatzungspolitik im Alliierten Kontrollrat sind eine Reihe von Gesetzen zu verdanken, deren Intention auf die gründliche Vernichtung des Faschismus hinauslief. (73) Aber aufgrund solcher Faktoren wie

- dem gewaltigen Prestigegewinn der Sowjetunion
- der volksdemokratischen Entwicklung in Osteuropa
- dem Aufschwung demokratischer Bewegungen in den USA und in den westeuropäischen Ländern
- und dem Kampf der Kolonialvölker für ihre Befreiung (74)

mußten sich die Beziehungen zwischen den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition verschlechtern, was auch seinen Ausdruck in der Arbeitsfähigkeit des Kontrollrates finden mußte. Danach konnten es die internationalen imperialistischen Kreise nicht dulden, daß sich die Entwicklung weiter zu ihren Ungunsten verschlechterte. Unter diesen Umständen verstärkten sich die antisowjetischen Umtriebe der *herrschenden Kreise der imperialistischen Westmächte* und zwar “sehr begünstigt durch den Tod Präsident Roosevelts”. (75) Diese Formulierung ist unter zwei Aspekten interessant.

(69) GDAB, Bd. 6, a.a.O., S. 367

(70) ebenda, S. 63

(71) Badstübner/Thomas, Die Spaltung Deutschlands, Berlin 1966, S. 70

(72) ebenda, S. 72

(73) ebenda, S. 74

(74) ebenda, S. 83

(75) ebenda, S. 86

Zum einen steht sie konsequent im Denkschema der "Zwei-Fraktionen-Theorie", zum anderen definiert sie spezifische Ursachen des Kurswechsels insbesondere in den USA. Truman wird als Exponent besonders aggressiver Monopolkreise gesehen. Diese hätten schon immer "erbittert gegen die Roosevelt-Politik des New-Deal gekämpft." (76) Nunmehr habe sich die aggressive Tendenz durchgesetzt, objektiv gestützt auf die Tatsache, daß "die Ausrichtung der Wirtschaft der USA auf eine Forcierung der Kriegsproduktion, da sie auf monopolkapitalistischer Grundlage erfolgte, zwangsläufig eine Forcierung der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bewirkte." (77) Der heutige Begriff vom staatsmonopolistischen Kapitalismus wird hier rückwirkend in diese Prozesse hineininterpretiert. Damals wurde mit diesem Begriff nur die "Unterordnung des Staates unter die Monopole" als "ein verzweifelter, letzter Versuch des Kapitalismus, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten", bezeichnet. Eine auch nur partielle Regulierung wurde nicht für möglich gehalten. (78) Den Rechtsruck hat nach dieser Analyse eine "aggressive Militärclique", verbunden mit den "größten Rüstungsmonopolen" und den "finanzkapitalistischen Kreisen der Wallstreet" zu verantworten. (79)

Damit hatte sich in den USA als dem mächtigsten Land eine Konzeption internationaler Beziehungen durchgesetzt, die, im Gegensatz zur Rooseveltpolitik eines internationalen Sicherheitssystems unter Einschluß der Sowjetunion, über den Verlauf verschiedener Ereignisse immer deutlicher "antikommunistische Realpolitik" als containment-policy manifestierte. (80)

Ab 1947 gehen die USA und die westlichen Alliierten offensiv vor. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz konnte keine Einigung mehr über die Frage friedensvertraglichen Regelungen mit Deutschland getroffen werden. "Dem Wesen der Sache nach ging es bei diesem Streit, der von westlicher Seite als eine Auseinandersetzung um die zweckmäßigste Verfahrensweise interpretiert wurde, um die Grundfrage des deutschen Problems: die demokratische Einheit Deutschlands oder die Abspaltung der Westzonen durch die Verwirklichung imperialistischer restaurativer Ziele." (81) Die Beratungen verliefen ohne Ergebnis. Dafür beginnen die Konturen des Kalten Krieges sichtbar zu werden. Die USA entwickeln ihr ERP-Programm. Im September 1947 wird in Paris die Marshallplankonferenz abgehalten. Vorher, im Juni/Juli 1947, ändern die USA ihre Direktive JCS 1067 in die Direktive JCS 1770 um. Die Direktive JCS 1067 galt als Manifestation des harten Kurses gegenüber Deutschland (82) "zusammen mit der Stuttgarter Rede des Außenmini-

(76) ebenda

(77) ebenda

(78) Wirth, Margareth, Die Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Beitrag zu einer politökonomischen Analyse des Nachkriegskapitalismus, Diss. beim Fachbereich Politische Wissenschaften der FU Berlin, Berlin 1971, S. 42

(79) Badstübner/Thomas, ebenda

(80) Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied, Berlin 1966, S. 63

(81) Badstübner/Thomas, ebenda, S. 181

(82) Gimbel, J., Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt 1971, S. 34

sters Byrnes im September 1946 und mit der im Juli 1947 erlassenen Direktive JCS 1779 wurde die offizielle Wende in der US-Deutschlandpolitik eingeleitet”.

Gleichzeitig wird der Wirtschaftsrat der Bizone gebildet. Diesen Spaltungsprozess identifiziert Kuczynski mit der Kolonisierung eines vollindustrialisierten Landes. “Mit dieser Politik der Kolonisierung Westdeutschlands, d.h. dem Streben aus Westdeutschland eine Kolonie des amerikanischen Monopolkapitals zu machen, folgten die westlichen Mächte im großen und ganzen einer Linie, die das faschistische deutsche Monopolkapital in den unmittelbar vorangehenden Jahren betrieben hat, und von der Walter Ulbricht so spricht: Nachdem der Hitlerfaschismus die Mehrzahl der europäischen Staaten überfallen und zu deutschen Kolonie gemacht hatte . . . Genau solchen kolonialisierenden Charakter trug auch die amerikanische Politik.” (83)

Der Separatsstaatsbildungsprozess, dessen Verlaufsform hier nicht skizziert werden soll, wird in der Tat von diesem Zeitpunkt an forciert und findet seinen vorläufigen Abschluß in dem auf die Londoner Empfehlungen vom April 1948 folgenden Ausarbeitungsprozess einer westdeutschen Verfassung und der entsprechenden Proklamierung der BRD.

Wichtig ist hier nur die Benennung dreier Momente:

1. Das Potsdamer Abkommen wird als solide Grundlage für den Aufbau eines demokratischen Deutschland gesehen.
2. Das Unterlaufen, beziehungsweise das Aushöhlen der Potsdamer Beschlüsse wird als Folgeprozess eines Rechtsrucks in der US-Bourgeoisie gewertet.
3. Die nun folgenden Maßnahmen der Restauration des Kapitalismus in Deutschland werden als Kolonisierungspraktiken beschrieben.

(83) Kuczynski, J., Darstellung der Lage der Arbeiterklasse in Westdeutschland seit 1945, Bd. 7a, S. 33

MANIFEST

Buch- versand

**2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Tel. 44 40 03**

Außer der Buchliste werden die MANIFEST-MITTEILUNGEN, die über die Sortimente informieren, kostenlos versandt.

Buchliste anfordern!

Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der
internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propaganda-
publikationen und theoretische Organe

Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher

**NEU Internationale
fremdsprachige Literatur.**

a) Die Klassenanalyse

Die Aufgaben der Klassenanalyse der KPD sind schon durch die strategischen Ziele und durch die programmatischen Grundsätze der KPD vorgegeben. Es kam für sie darauf an, "In richtiger Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie und der Erfahrungen der Novemberrevolution zur Vernichtung der Grundlagen des Imperialismus" beizutragen. (83a) Die Klassenanalyse hat dem Selbstverständnis der KPD gemäß die Aufgabe, "eine nüchterne, alle wesentlichen Faktoren erfassende Einschätzung der Lage, die Aufdeckung der vorhandenen Entwicklungsbedingungen und der wirksam gewordenen Tendenzen und vor allem die klare Einschätzung der Klassenkräfte und der Reserven über die die Arbeiterklasse und ihre Feinde verfügen", zu bringen. (84) Die Klassenanalyse sollte der KPD eine flexible, nicht-dogmatische, den Realitäten vorurteilslos entsprechende Taktik ermöglichen. Dieser Anspruch wird in einer Reihe von Dokumenten bekräftigt.

Die Klassenanalyse hatte zu einer konkreten, praktischen Frage Stellung zu nehmen. Entsprechend der spezifisch deutschen Situation nach dem II. Weltkrieg löst sich deshalb die Frage nach dem Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen in folgender Weise auf: "Entwickelt sich der neue demokratische Staat als ein neues Gewaltinstrument in den Händen reaktionärer Kräfte, so ist der friedliche Übergang nicht möglich. Entwickelt sich aber die antifaschistische demokratische Republik als ein Staat aller Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse, so ist der friedliche Weg durchaus möglich, insofern dann die Gewaltanwendung gegen den Anspruch der Arbeiterklasse auf die ganze Macht unmöglich ist." (85) Bezeichnend ist, daß Ackermann hier die Möglichkeit eines deutschen Weges zum Sozialismus eher als eine Frage politischer Taktik und Strategie begreift, denn als eine der Theorie (86) ; und zwar insofern, als daß die Perspektive dieses Kampfes bereits politisch präjudiziert war.

Es stand von Anfang an fest – und es existiert eine gerade Linie vom VII. Weltkongreß der Komintern zur Konzeption der antifaschistisch-demokratischen Ordnung –, daß sich die KPD für die Nachkriegszeit das Ziel der Schaffung einer demokratischen Republik als Zwischentappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus gesetzt hatte.

-
- (83a) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Berlin 1959, S. 11
- (84) Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage, in: Dokumente der KPD 1945-1956, Berlin 1965, Dokument 4
- (85) Ackermann, A., Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, in: Einheit, Berlin, Febr. 46, Heft 1, S. 22 f., in: Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland, Bd. 3, S. 351
- (86) ebenda

Die Klassenanalyse sollte also nicht erst über den Prozeß der Reproduktion der objektiven Realität den Entwicklungsprozeß und die ihm entsprechenden Bedingungen des kapitalistischen, besiegten Deutschland in seinen Bewegungsfaktoren analysieren, um eine eben diesem Prozeß kohärente Taktik zu konzipieren, sondern sie hatte die Aufgabe, in Anknüpfung an die "Lehren der Geschichte", eine "richtige Einschätzung der Bündnismöglichkeiten und die Entwicklung geeigneter Formen der Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Kräften zu fördern." (87)

Da also auch ein undialektischer Begriff des Staates, der im Prinzip gegenüber dem der Vorkriegszeit nicht modifiziert ist, die theoretische Grundlage für die Politik der KPD ist, kommt es für die Klassenanalyse nur noch auf die Einschätzung der jeweiligen Bündnismöglichkeiten an. Im übrigen hängt der Verlauf des Kampfes davon ab, ob und in wie weit es dem Aufruf vom 11. Juni 1945 gemäß gelingt, eine umfassende Demokratisierung einzuleiten und dabei gleichzeitig den reaktionären Kräften den Boden für die Restauration eines den Kapitalisten als Klasse zur Verfügung stehenden staatlichen Gewaltapparates zu entziehen. Die Situation für die Verwirklichung dieser Ziele wurde von der KPD als günstig eingeschätzt, denn "noch nie in der Geschichte hatte eine überlebte Gesellschaftsklasse so verheerend demonstriert, daß sie absolut unfähig ist, die Nation zu führen, wie die deutsche Großbourgeoisie." (88) Aber gleichzeitig drängt die "Stunde zur Entscheidung und wir werden nicht viele Jahre haben bis wir wieder sagen müssen: noch eine glänzende Situation ist verpaßt, vielleicht sogar die günstigste. Das ist der tiefere Grund, weshalb die Vereinigung der KPD und SPD auf keinen Fall auf die lange Bank geschoben werden kann." (89) Die in der politischen Diskussion damals sehr relevanten Thesen von Ackermann sind ein wichtiges Indiz dafür, daß die KPD ihre politischen Dispositionen aus einer Verknüpfung ihrer Brüsseler und Berner Beschlüsse mit den politischen Einschätzungen der nationalen und internationalen Kräfteverhältnisse heraus formulierte und in der Bündnisfrage den entscheidenden Kern ihrer Politik sah.

Die KPD ging davon aus, daß der deutsche Kapitalismus zutiefst diskreditiert war. Nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch den Bauern, der nicht-monopolistischen Bourgeoisie, den Handwerkern und der Intelligenz mußte nun, durch die Macht des Faktischen, deutlich sein, wie tief die Kluft zwischen ihnen und dem Imperialismus ist. Deswegen ist es "nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und Denken unseres ganzen Volkes, nur durch die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung möglich, die Nation zu retten." (90)

Gab die evidente Niederlage und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen auch für nichtproletarische Teile des Volkes den Rahmen für

(87) GDAB, Bd. 6, a.a.O., S. 35

(88) ebenda, S. 16

(89) Ackermann, a.a.O., S. 35

(90) Kommuniqué über die Bildung der antifaschistischen demokratischen Parteien am 14. Juli 1945, in: Dokumente und Materialien . . . , a.a.O., S. 60

eine mögliche Volksfront aller Schichten und Klassen ab, so war es darüberhinaus historische Pflicht, in Deutschland die bürgerlich demokratische Revolution zu vollenden. Offensichtlich in Analogie zu den verschiedenen Etappen der russischen Revolution formulierte Ulbricht diese Aufgabe so: "In den Gegenwartsforderungen wird ausführlich über die demokratischen Volksrechte gesprochen, über die Freiheit der Meinungsäußerung, über Gesinnungs- und Religionsfreiheit . . . und über den ideologischen Kampf gegen die faschistische Denkweise . . . Die Gegenwartsforderungen der SED haben grundsätzliche Bedeutung. In dem Maße, wie es dem schaffenden Volk unter der Führung der SED gelingt, diese Gegenwartsforderungen zu verwirklichen, wird es gelingen, die kapitalistischen Wirtschaftsgesetze mehr und mehr unter die Kontrolle demokratischer Selbstverwaltung zu stellen." (91)

In dieser so skizzierten Perspektive der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung hatte die Klassenanalyse nur eine untergeordnete Funktion. Sie hatte nur Detailinformation zu liefern.

Im Rückblick schätzt die "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" die Klassenstruktur in Deutschland so ein:

1. 1/5 der Bevölkerung wurde durch die Bauernschaft gestellt. Davon zählte die überwiegende Mehrheit zur werktätigen Bauernschaft. Da die faschistische Blut- und Bodenpolitik diese Schichten ausgeplündert hatte, bestand die reale Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern. (92)
2. Etwas mehr als 1/5 der Bevölkerung wurde durch die Handwerker, Gewerbetreibenden, kleinen Unternehmer und die Intellektuellen repräsentiert. "Da diese Schichten dazu neigten, sich auf die gesellschaftlich stärkste Kraft zu orientieren, bestanden unter der Bedingung des neuen Kräfteverhältnisses günstige Voraussetzungen, sie in die antiimperialistische Front miteinzuziehen." (93)
3. Stark modifiziert wurde die Klassenstruktur durch den Strom der Umsiedler und durch die Verschiebung der Geschlechtsstruktur und Altersstruktur zugunsten des Frauenanteils und zuungunsten der jüngeren männlichen Jahrgänge. (94)
4. Im Rückblick führt Heininger aus, daß der Krieg, die faschistische Herrschaft usw. den Proletarisierungsprozeß beschleunigt hat. (94a) Dadurch wurde die überwiegende Mehrheit des Volkes durch die Arbeiterklasse gestellt.
5. Insgesamt sollten diese o.a. Klassen und Schichten ein gemeinsames Bündnis gegen ein quantitativ verschwindendes Häuflein von Monopolisten und Junkern bilden, deren Macht allerdings noch nicht beseitigt war.

(91) Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1952, S. 592 f.

(92) GDAB, Bd. 6, a.a.O., S. 34/35

(93) ebenda, S. 36

(94) ebenda, S. 38

(94a) Heininger, H., Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft, 1945-50, Berlin 1959

express INTERNATIONAL

erscheint seit 10 Jahren in Frankfurt

express INTERNATIONAL

bringt ständig kritische Beiträge zur Gewerkschaftspolitik

express INTERNATIONAL

beschäftigt sich mit den aktuellen politischen Fragen

express INTERNATIONAL

berichtet über den internationalen Klassenkampf

express INTERNATIONAL

druckt Aufsätze zur sozialistischen Theorie und Strategie

express INTERNATIONAL

erscheint vierzehntägig, Jahresabonnement DM 18.--

express INTERNATIONAL

zu beziehen über die Redaktion: 6 Frankfurt, Eichardstr. 15, Hof

Die Schwierigkeiten und Widersprüche, die sich bei der Herstellung eines gemeinsamen Bündnisses stellten, wurden nicht unwesentlich als durch die materiellen und moralischen Folgen des Krieges begründet gesehen. "In vieler Hinsicht noch schlimmer als um die Lebensverhältnisse und den Gesundheitszustand, stand es um den politisch-moralischen Zustand breiter Kreise der deutschen Bevölkerung. Der Tiefstand des politischen Bewußtseins in breiten Kreisen des Bürgertums, bzw. des Kleinbürgertums war umso gefährlicher, weil auch eine weitgehende Verschüttung des Klassenbewußtseins in der deutschen Arbeiterklasse bestand." (95) Die KPD motivierte ihre Bündniskonzeption schließlich auch durch diese von ihr angenommene Verfassung des Klassenbewußtseins, bzw. durch den Zustand des moralisch-politischen Bewußtseins breiter Teile des Volkes.

b) Die Programmatik

Wie bei der Beschreibung der Klassenanalyse handelt es sich auch bei der mit ihr zusammenhängenden Programmatik in dieser Arbeit nur um eine Skizze, mit der der Zweck der Entwicklung von zentralen Thesen der Politik der KPD/SED verfolgt werden soll.

Da aufgrund des "mangelnden Klassenbewußtseins der sofortige Aufbau des Sozialismus unrealistisch war" (96), war es Aufgabe, zur Vernichtung der Machtpositionen des Imperialismus und Militarismus unter Berücksichtigung der notwendigen Zwischentappe beizutragen. Diese Aufgabe stellte sich, dem Verständnis der KPD entsprechend, direkt durch das Potsdamer Abkommen. Über eine Volksfront aller demokratischen Kräfte, deren Konsistenz es von vornherein unmöglich machen sollte, daß die herrschende Klasse analog der Situation von 1918 mittels Spaltungstechniken die demokratische Opposition gegeneinander auszuspielen, sollten die im Potsdamer Abkommen enthaltenen positiven Perspektiven anvisiert und verwirklicht werden. "Je stärker sich die Energien", in diese Richtung entfalten, "umso rascher und dauerhafter wird der Erfolg errungen sein. Bürgschaft dafür ist der feste Zusammenhalt aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte". (97) Der Zusammenhalt mußte also mit den "sozialdemokratischen Klassenbrüdern" (98) sowie auch mit den christlichen Proletariern zustande kommen, um auf der Ebene des gewerkschaftlichen Kampfes diesen Zusammenhalt zu festigen; gleichzeitig sollte in den Aufbauprozeß aller demokratischen Parteien der Gedanke der antifaschistisch-demokratischen Volksfront miteinfließen. Nur durch den Kampf um die so herzustellende Volksfront, deren Grundlage die Aktionseinheit und die Einheitsfront war, war es möglich, die in den Potsdamer Beschlüssen enthaltenen Chancen zu nutzen. Die KPD

(95) Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 40

(96) Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1960, S. 187

(97) Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 12. Aug. 1945 zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, in: Dokumente und Materialien, a.a.O., S. 90

(98) Mannschatz/Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet 1945-1947, Berlin 1961, S. 28

war sich darüber im klaren, daß das Potsdamer Abkommen als Kompromißprodukt nur dann die Grundlage einer positiven Wendung in Deutschland war, wenn es von seinem Inhalt her gegen die "Monopole und Junker" gerichtet wurde; und dies konnte nur geschehen durch den Kampf der "antifaschistischen Massen des Volkes".

In der ersten Nachkriegsphase hatte die KPD in der Tat Erfolge zu verzeichnen. Dies nicht nur in der damaligen SBZ, wo sie durch die Sowjetunion, "die Freunde und Helfer des deutschen Volkes" materiell unterstützt wurde, sondern auch in den westlichen Besatzungszonen, insbesondere im Ruhrgebiet. In zahlreichen Aufrufen verkündete die KPD immer wieder die mit der Programmatik eines antifaschistischen, demokratischen Deutschlands verbundenen Parolen, deren Inhalt sich im großen und ganzen mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 deckt. In Anwendung der "Lehren von Weimar" forderte sie, daß es "unsere Aufgabe als Antifaschisten ist, neue Wege zu beschreiten, damit wir wieder ein würdiges Leben beginnen, das kostbare Gut der inneren Freiheit sichern und eine Wiederholung der verbrecherischen Raubpolitik verhindern." Daher: "Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes." (99) Solche Forderungen wurden in allen größeren westdeutschen Städten laut.

Der Hauptansatzpunkt dieser Politik lag natürlich in den Betrieben. Dort ging es darum, die gemeinsamen antifaschistischen Traditionen von Kommunisten und Sozialdemokraten durch den Kampf um den Wiederaufbau der Betriebe in die Richtung zu lenken, daß daraus Vereinigungsbestrebungen zwischen KPD und SPD resultierten. Der gemeinsame Kampf hatte nicht nur den Wiederaufbau der Betriebe und die solidarische Versorgung der Bevölkerung zum Gegenstand. Es war den Arbeitern wohl bewußt, daß ihnen ohne den Aufbau von Einheitsgewerkschaften ein entscheidendes politisches Mittel zur Durchsetzung ihrer elementaren Sozial- und Mitbestimmungsforderungen fehlte. In vielen Betrieben bildete sich noch vor der "Legalisierung durch die Besatzungsmächte illegale Ernährungsausschüsse oder formlos per Akklamation gewählte Betriebsausschüsse . . . Dort wo die Unternehmensleitungen die Werke verlassen hatten, übernahmen die Ausschüsse die Sicherung von Anlagen und Maschinen. So wurden die Betriebsräte und Ausschüsse in dieser Zeit zur bestimmenden Kraft beim Wiederaufbau." (100) Hier sind die ersten Ansätze gewerkschaftlicher Arbeit zu verzeichnen, die sehr schnell zu Einheitsforderungen tendierten. Als vielleicht wichtigstes Beispiel kann im Zusammenhang dieser Tendenz die "Sozialistische Freie Gewerkschaft-Einheitsorganisation" benannt werden, die "sowohl, was die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, als auch die über das reine "Nur-Gewerkschaftertum" hinausgehenden Zielsetzungen anbelangt, die Fortsetzung der im Widerstand geübten Praxis darstellt." (101) Den aus den Betrieben resultierenden spontanen Einheitsbestrebungen stand die KPD aber mit einer gewissen Skepsis gegenüber. "Die Aktionseinheit trug in dieser Etappe häufig spontanen Charakter . . . Es konnte nicht ausbleiben, daß bei der Anbahnung der Aktionseinheit auch Fehler in Bezug auf die Orientierung, das Tempo und die For-

(99) Dokumente und Materialien . . . , a.a.O., S. 159

(100) Blunck, Christina, Die programmatischen Vorstellungen der westdeutschen Gewerkschaften, Berlin 1971, Dipl. Arbeit OSI, S. 13

(101) ebenda, S. 15

men der Entwicklung gemacht wurden . . . In Hagen und Leverkusen setzten SPD-Genossen ihre rechten Führer ab und traten vollständig der KPD bei, ohne damit die Einheitsbewegung an anderen Orten voranzutreiben und zu unterstützen . . . Diese Übereilungen spiegelten den mangelnden ideologischen und organisatorischen Reifegrad einzelner Organisationen wieder und beruhten darauf, daß die Orientierung, die die Führung der KPD in den Beschlüssen der Brüsseler und Berner Konferenz gegeben hatte, ungenügend oder überhaupt nicht bekannt war.”(102)

Damit ist wohl gemeint, daß auch durch allzu schnelle Zusammenschlüsse an der Basis die Bildung von Aktionseinheiten von oben, zusammen mit SPD-Führern gestört werden könnte, weil diese, durch die Hegemonie der Kommunisten verschreckt, nunmehr die Selbständigkeit der eigenen Partei durch die Kommunisten bedroht sahen. Es ist aber auch zu vermuten, daß aus der konkreten Situation in den Betrieben heraus die Gefahr einer Radikalisierung der Arbeiter bestand, so daß sie die Forderungen aufstellen könnten, die sich mit dem Programm vom 11. Juni 1945 nicht mehr decken konnten. Diese Vermutung erhärtet sich dadurch, daß viele kommunistische Arbeiter auf einem ideologischen Niveau standen, das die Volksfrontlinie nicht kannte. Dies aufgrund der Tatsache, daß sie seit 1933 keinen Kontakt mehr zur Partei hatten. Auf verschiedenen Funktionärskonferenzen forderte die KPD daher eine systematische Schulung; möglicherweise um die Intention der “demokratischen” Zielsetzungen nicht zu gefährden. Als Erfolg ihrer Schulungsarbeit wertete die KPD das Betriebsrätewahlergebnis im Januar 1946. Mit der Losung: “Die besten Gewerkschafter in die Betriebsräte” verband sie bei den Wahlen die Forderung nach umfassender Mitbestimmung und nach Beseitigung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten. Durch diese Zielsetzungen konnten die Kommunisten die meisten Stimmen auf sich vereinigen. (103)

Mit dieser Schilderung sind die verschiedenen Ebenen der programmatischen Zielsetzungen der KPD umrissen. Die erste Ebene umfaßt die Schaffung eines antifaschistisch-demokratischen Parteienblocks. Die zweite die Vereinigung von KPD und SPD. Die dritte Ebene zielt auf die Schaffung von Einheitsgewerkschaften ab. Über verschiedene Organe suchte die KPD Sammlungsbewegungen zu initiieren. Erwähnt werden sollen hier nur die Wiederaufbau- und Antifa-Ausschüsse und die sogenannten Volkskomitees. (104)

Im Verlauf der Entwicklung in Deutschland und den damit sichtbar werdenden Spaltungstendenzen rückt jedoch ein neues programmatisches Moment in den Vordergrund. Es betrifft die Frage der Einheit Deutschlands und damit zugleich die Politik der Westalliierten und der sich an ihre Röhcke klammernden westdeutschen Bourgeoisie. In dem Maße wie sich durch die Politik der Westalliierten wie auch durch die der von ihnen unterstützten Parteien in der Sicht der KPD/SED eine sogenannte

(102) Mannschatz/Seider, a.a.O., S. 31

(103) Schmidt/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Berlin 1971, S. 54 f.

(104) ebenda

“Anti-Potsdam-Fronde” herstellte (105), entwickelte die KPD einen Zusammenhang von Spaltung und innerer Reaktion. Da diejenigen, für die die Spaltung Deutschlands eine beschlossene Sache sei, identisch wären mit denen, die die positiven Aspekte des Potsdamer Abkommens zunichte gemacht hätten und damit direkt oder indirekt dazu beitragen, daß sich die westdeutsche Bourgeoisie von der Niederlage des II. Weltkriegs erholen könne, müßten alle Kräfte gesammelt werden, die auf dem Wege eines Bündnisses willens sind, diese Spaltung zu verhindern. Die SED/KPD richtete “sozialistische Arbeitsgemeinschaften” ein. Damit wurde ein “Weg beschritten - um unter den gegebenen Bedingungen westlicher Besatzungspraktiken und der einheitsfeindlichen antikommunistischen Schumacherpolitik - durch Verbindung zwischen SED und KPD und Einbeziehung aller einheitswilligen Kräfte, Sozialdemokraten und klassenbewußten parteilosen Arbeitern eine in ganz Deutschland wirkende Partei zu schaffen.”(106) Auf dem II. Parteitag der SED 1947 wurden Forderungen artikuliert, die sich auf gesamtdeutsche Beratungen beziehen, um die Diskussion über die Bildung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung zu initiieren. Darüberhinaus wurde ein Volksentscheid gefordert. In Westdeutschland griff die KPD diese Forderungen auf und berief einen Kongress “aller Demokraten” ein, der allerdings von der britischen Militärregierung verboten wurde. Trotzdem wurden immer wieder Parolen der Einheitsfront aller Patrioten zur Verhinderung der Spaltung Deutschlands laut. Typisch ist die Verlautbarung des Parteivorstandes der SED: “Die innere und äußere Lage Deutschlands vor der Londoner Konferenz der Außenminister erfordert die äußerste Kraftanstrengung der breitesten Volksmassen im Kampf für Frieden, Demokratie und für die Einheit Deutschlands. Es muß eine starke gemeinsame Front

(105) Badstübner/Thomas, a.a.O., S. 91

(106) ebenda, S. 172

REPRINTS ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

K.H. Tjaden, Struktur und Funktion der “KPD-Opposition” (KPO) 15,00 DM

H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) 11,00 DM

O. Ihlau, Die Roten Kämpfer 7,00 DM

IM VERLAG DES POLITLADEN, ERLANGEN, HINDENBURGSTRASSE 17

aller an der Stärkung des Friedens interessierten Volkskräfte geschnaffen werden, die den Anschluß an die Kräfte der Demokratie in allen Ländern der Welt sucht.”(107) Es wurden regionale Volkskongresse gebildet, deren Programmatik die Frage der Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages, sowie die Forderung nach der Durchführung demokratischer Reformen umfaßte. Die Volkskongresse wurden in den westlichen Besatzungszonen verboten. Auf den in der SBZ gegründeten sogenannten Volksrat, an dem auch Vertreter der KPD sowie einige “Demokraten” vertreten waren, soll hier nicht eingegangen werden, da sich seine politischen Zielsetzungen mit dem a.o. deckten. Auch für ihn galt die Losung “Antifaschistische Demokratie in einer einheitlich demokratischen Republik.” (108)

(107) Dokumente der SED, Bd. 1, o.O., o.J., S. 255

(108) ebenda, S. 269

Wegen seines Umfangs kann der Aufsatz von Christof Möcklinghoff erst in PROKLA Nr. 5 fortgesetzt und beendet werden. PROKLA 5 erscheint im November 72.

Der zweite Teil des Beitrages wird die folgenden Themen behandeln:

Zur Kritik der antifaschistisch-demokratischen Bündnispolitik der KPD/SED im Zeitraum 1945/49

Theoretische Neuorientierung und Bündnispolitik der DKP

Die Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU

Die neuere Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die Klassenanalyse der DKP/SEW als Begründung der Bündnispolitik

Die bündnispolitische Programmatik der DKP

Zur Kritik der theoretischen Grundlagen der Politik der DKP